Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank“.

Nr. 88.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 5. Februar.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Die neue Organisation der Staatseisenbahnverwaltung.

Wir erhalten Folgendes zum Abdrucke:

Der dem Abgeordnetenhause vorgelegte Nachtragsetat, welcher eine neue Organisation der Staatseisenbahnverwaltung in Aussicht nimmt, berührt in erheblichem Grade die Interessen des Publikums. Die neue Organisation charakterisirt sich als ein streng durchgeführtes Gebäude fast militärischer Subordination, dessen Spitze der Arbeitsminister bildet. Ob eine wirkliche Dezentralisation gegenüber der jetzigen Einrichtung eintritt, wird sich erst bei Feststellung der Geschäftsinstruktion der Direktionen ergeben und wird wesentlich von der Persönlichkeit des jeweiligen Chefs des Arbeitsministeriums abhängen, ob derselbe viele oder wenige Sachen „der höheren Revision und endgültigen Feststellung“ vorbehalten wird.

Als wesentlichste Aenderung — nächst dem Fortfall mehrerer kleinerer Eisenbahn-Direktionen — erscheint die Umwandlung der bisher, seit 1873, bestandenen Eisenbahnkommissionen in Eisenbahnbetriebsämter. Mit diesen Ressortstellen hat das handeltreibende Publikum am meisten zu verkehren, ihnen liegt die Erledigung der meisten Anträge (Lagerplätze, Wagengestellung, Reklamationen im Binnenverkehre der Bahn), sowie die bauliche Unterhaltung der Anlagen ob und treten dieselben aus ihrer jetzigen Stellung als delegirte Abtheilungen der Direktion in die einer der Direktion untergeordneten Dienststelle. Thatsächlich war dies wohl schon bisher so, doch scheint die Vorstellung von der Gleichberechtigung der Kommissionsmitglieder mit den Direktionsmitgliedern zu allerlei Friktionen Veranlassung gegeben zu haben, wenigstens spricht die Vorlage von „erheblichen Mängeln in der Durchführung (der bisherigen Organisation), so wie in der Gestaltung der verschiedenen Behörden und der Abgrenzung ihrer Zuständigkeit“ und führt dies des Näheren aus. Dieses Zeugniß ist überraschend, da bisher von erheblichen Mängeln in der Organisation der Staatseisenbahnverwaltung nichts Offizielles verlautet hat.

Den bisher schon bestehenden thatsächlichen Verhältnissen der Kommissionen entsprechend soll nun das Kollegialverhältniß bei den neuen Betriebsämtern — welche im Uebrigen denselben Geschäftskreis der Kommissionen verwalten — aufhören und ein verantwortlicher Betriebsdirektor mit der erforderlichen Anzahl ständiger Hilfsarbeiter die Geschäfte führen. Es ist hiermit eine Anerkennung der bereits bestehenden Zustände ausgesprochen worden, indem nach der bisherigen Geschäftsordnung es dem Vorsitzenden schon längst freistand, die Beschlüsse allein zu fassen oder nicht, und er sich des Raths des Kollegiums nach seiner Ansicht schon bisher bedienen oder auch nicht bedienen konnte.

Es erscheint auch gerade bei diesen Stellen, wo es auf eine schnelle Entschließung ankommt, gerechtfertigt, die Befugnisse *einem* Beamten zu übertragen und die Kollegialverfassung auszuschließen. Thatsächlich war ein Kollegium von gleichberechtigten Theilnehmern überhaupt schon bei der bisherigen Verfassung nicht vorhanden, sondern waren die Sitzungen der Kommissionen Monologe der Mitglieder ohne Einfluß auf die Entscheidung des Vorsitzenden.

Von der Wahl der Vorsteher der Betriebsämter, Betriebsdirektoren genannt, wird es wesentlich abhängen, ob die Staatseisenbahnverwaltung sich die Zustimmung der öffentlichen Meinung erwerben wird; der Betriebsdirektor muß neben der nöthigen Festigkeit, welche erforderlich ist, um den geregelten Betrieb seines Bezirks aufrecht zu erhalten, es verstehen, den gerechten Wünschen des Publikums entgegenzukommen, und wird von der Auswahl dieser Beamten die Zukunft unserer Eisenbahnverhältnisse abhängen. Namentlich in ihrer Hand wird es auch liegen, ob das Schreibwesen in größerer oder geringerer Ausdehnung gepflegt werden soll, und ob mehr eine bureaukratisch schroffe oder eine kaufmännisch gewandte Behandlung der Geschäfte Platz greifen wird.

Die Direktoren, welche über den Betriebsämtern stehen, erhalten Abtheilungen unter Leitung besonderer Dirigenten nach dem Vorbilde der Einrichtungen, welche bei vielen Staats- und Privatbahnen bereits durchgeführt sind. Der Vorsitzende der Direktion, Eisenbahnpräsident genannt, erhält erweiterte Machtbefugnisse gegen jetzt, und soll auch hier nach den Ausführungen der Motive die Kollegialverfassung im Allgemeinen beseitigt und der Grundsatz der vollen persönlichen Verantwortung zur Durchführung gebracht werden. Vor Allem nothwendig erscheint es nach der Vorlage, daß den Direktoren die volle Disziplinargewalt über die bei ihnen und unter ihnen angestellten Beamten übertragen werde, ein Antrag, welcher bekanntlich der Justizkommission überwiesen ist.

Es scheint, als ob das Publikum mit den Direktionen nicht allzuviel in Verkehr treten würde: die meisten in dem Organisationsplane aufgeführten Geschäfte der Direktion betreffen die inneren Verwaltungs-Angelegenheiten der Eisenbahn; es finden sich unter den bezüglich der Betriebsverwaltung aufgeführten Geschäften der Direktionen nur zwei: „die Feststellung und Abänderung der Fahrpläne, *vorbehaltlich der höheren Genehmigung*, und *mit derselben Maßgabe* die Feststellung und Abänderung der Tarife im Personen- und Güter-Verkehr“, welche den Direktionen zugewiesen sind.

Dem Minister sind vorbehalten: die Feststellung und Abänderung des Fahrplans der zur Personen- resp. Postbeförderung bestimmten Züge bei Beginn der Winter- und Sommerperiode, sowie die Genehmigung der in der Zwischenzeit beabsichtigten Abänderungen, wenn dadurch die Zahl und Gattung der Züge berührt wird oder wenn eine Einigung der betheiligten Bahnverwaltungen und Postbehörden nicht erzielt worden ist; ferner: die Feststellung und Abänderung der Lokal- und Verbands-Tarife, soweit die Bestimmung über dieselben nicht den Direktionen überlassen wird. Es sind schwerwiegende Vollmachten, welche vorstehende Sätze enthalten; die Feststellung und Abänderung sämmtlicher Tarife macht sämmtliche kaufmännische Geschäfte in Preußen von den Maßnahmen des Ministers für öffentliche Arbeiten abhängig, ebenso wie durch die Feststellung des Fahrplanes der Personenzüge die Reisewege des Publikums von demselben Minister vorgeschrieben werden.

Es läßt sich vermuthen, daß das Arbeitsministerium mit Anträgen und Wünschen des Publikums recht viel zu thun haben wird; um nun, wie es scheint, die aus diesen Kreisen voraussichtlich hervorgehenden Beschwerden gründlich prüfen zu können, hat der Entwurf der neuen Organisation einer anderen Reihe von Beschwerden den bisher offenen Weg bis zur höchsten Instanz abgeschnitten. Der Entwurf äußert sich: „Die Aenderungen (der Organisation) haben zugleich eine Einschränkung hinsichtlich der Zulassung von Beschwerden seitens der Beamten und Arbeiter an die Zentralstelle zur nothwendigen Voraussetzung.

Schon bei der gegenwärtigen Zahl von Beamten und Arbeitern der Staatseisenbahn-Verwaltung haben die zur Entscheidung in die Zentralinstanz gelangten Beschwerden einen großen Umfang angenommen, so daß die Erledigung derselben ohne Unzuträglichkeiten bei dieser Stelle kaum erfolgen kann.

Es wird weiterhin ausgeführt, daß mit dem zum 1. Februar d. J. bevorstehenden Uebergange der Verwaltung mehrerer Privatbahnen auf den Staat die Beschwerden sich vermehren werden, und wird die große Anzahl Beschwerden damit erklärt, daß nach den bisherigen Erfahrungen die Beamten und Arbeiter die Entscheidung des Ministers viel mehr wie in anderen Ressorts anzurufen pflegen, wenn die ihnen zugegangene Verfügung der unteren Instanz ihren Anträgen nicht in allen Punkten entspricht.

Es soll deshalb im Allgemeinen — ganz wichtige Fälle ausgenommen — die letzte Beschwerdeinstanz die Direktion bilden und sollen außerdem künftig die unteren Beamten nicht mehr wie bisher lebenslänglich als Beamte angestellt werden, sondern es hat sich die Annahme von Vertragsbeamten, welche nur auf Kündigung im diätarischen Verhältnisse angestellt sind, als zweckmäßig erwiesen. Für diese Unterbeamten, welchen bei eintretender Dienstunfähigkeit Mangels einer etatsmäßigen Anstellung ein gesetzlicher Anspruch auf Pension nicht zusteht, soll nun eine Pensionskasse unter Betheiligung des Staates mit 50 pCt. der Mitgliederbeiträge eingerichtet werden.

Die Zweckmäßigkeit der Annahme von Diätaren an Stelle von fest angestellten Beamten begründet der Entwurf mit der größeren Leichtigkeit, durch die Höhe der Diäten den verschiedenen Preisen des Lebensunterhaltes in den verschiedenen Orten gerecht zu werden gegenüber der Unbeweglichkeit der Etatssätze für die fest angestellten Beamten.

Es fällt bei dieser Einleitung zunächst die Betonung der zahlreichen Beschwerden auf, welche bei der Zentralinstanz eingehen und welche ohne Unzuträglichkeiten kaum erledigt werden können. Nach der weiteren Deduktion scheinen diese Beschwerden sämmtlich ungerechtfertigt gewesen zu sein und lediglich im Eigensinn der Antragsteller, welche nicht in *allen* Punkten (also doch in einigen) bei der unteren Instanz ihren Willen erreichen konnten, begründet zu sein; deshalb soll dieses Beschweren mit der Instanz der Direktion aufhören. Eine andere Betrachtungsweise als die vom Verfasser des Organisationsentwurfs acceptirte, hätte vielleicht den Grund, warum gerade im Ressort der Eisenbahnverwaltung soviel Beschwerden geführt werden, in den eigenthümlichen Verhältnissen des Eisenbahndienstes gesucht und hätte die Zulässigkeit der Beschwerde wider die Verfügungen der unteren Instanzen etwa von der Innehaltung von Terminen und von dem materiellen Inhalt der angefochtenen Verfügung — ähnlich wie die Berufung bei Gericht — abhängig gemacht.

Die Nothwendigkeit eines geregelten Betriebsdienstes nöthigt nämlich die Eisenbahnverwaltung zur Untersuchung und Verfolgung jeder, auch geringer Unregelmäßigkeiten und führt die Untersuchung fast stets eine Uebertretung irgend eines Paragraphen einer Instruktion Seitens eines Beamten zu Tage, welche durch eine geringere oder größere Ordnungsstrafe geahndet wird. Fast kein Beamter des äußeren und des Expeditionsdienstes entgeht *ganz* solchen Ordnungsstrafen und zeigen die Personal-Akten auch ganz tüchtiger Beamten eine bunte Menge von Untersuchungsverhandlungen, wenn sie zufällig öfters bei Unregelmäßigkeiten des Betriebes betheiligt waren.

Diese Ahndung begangener Uebertretungen muß im Interesse der Sicherheit des Betriebes strengstens erfolgen, bei starkem Verkehr häufen sich natürlich auch die Uebertretungen, und so zeigt das Strafregister einer verkehrsreichen Bahn viele und gegenüber anderen Ressorts unverhältnißmäßig zahlreiche Posten verhängter Strafen. Daß nun nicht Jeder mit seiner Strafe sich sogleich zufriedenstellt, ist nicht zu verwundern und erscheint eine Berufungsinstanz durchaus nothwendig. Diese ist nun nach dem Entwurf als letzte in der Direktion geschaffen worden, doch dürfte für gewisse Fälle eine weitere Instanz nicht abzuweisen sein; vor Allem erscheint es jedoch nothwendig und ist anzunehmen, daß dies für die Geschäftsinstruktion der einzelnen Behörden vorbehalten geblieben ist, die Berufung auch bei den geringeren Disziplinarvergehen und Disziplinarstrafen zu regeln und ihre geschäftliche Behandlung sicher zu stellen.

Hierdurch wird es sich ermöglichen, daß die von den Betriebstechnikern längst sehnlich gewünschte Vereinfachung und Revision der jetzt bei den Bahnen vorhandenen und in Geltung befindlichen Instruktionen nach Abschluß der Organisationsarbeiten einheitlich erfolgt und die weitere Fortbildung derselben nach Maßgabe der im Laufe der Zeit sich ergebenden Erfahrungen geschieht.

Die finanzielle Seite der Neuorganisation wird in der Vorlage besonders betont und wird die Ersparniß auf rund ½ Million Mark jährlich berechnet.

Der Entwurf charakterisirt sich durch seine scharfe Betonung der persönlichen Verantwortlichkeit des einzelnen Beamten in allen Instanzen unter Abstreifung der bisherigen Dekoration der kollegialen Behörden; er enthält nach dieser Richtung einen dem Charakter des Eisenbahndienstes durchaus angemessenen Fortschritt, bei welchem rasche Entschließung und energisches Eingreifen nöthiger ist, als formell korrektes Verfahren. Nach der anderen Seite konzentrirt er die Entscheidung durch die der Zentralstelle ertheilten Vollmachten in Verkehrsangelegenheiten auf eine Stelle: das Arbeitsministerium, und vermehrt dessen Gewalt über die Beamten ins Ungemessene durch die als Regel für künftig in Aussicht genommene diätarische Anstellung der Unterbeamten auf Kündigung.

Das Deutschthum in den russischen Ostseeprovinzen.

Die Deutschen in den russischen Ostseeprovinzen Kurland, Livland, und Esthland finden es immer schwieriger, ihre vielhundertjährige herrschende Stellung und ihre Eigenthümlichkeit in Sprache, Sitte und Religion gegen das andringende Russenthum zu behaupten. Die Regierung erklärte, daß die russische Sprache vom 1. August 1867 an in allen Regierungsbehörden der deutschen Ostseeprovinzen als eingeführt gelten müsse. Und so ist es geschehen. Die zugleich mit der russischen Sprache eingeführten Tschinowniks, die von Peter dem Großen in 14 Rangklassen getheilten Beamten, wissen aber bereits den Verkehr mit den anders redenden Provinzialen durch Geltendmachung des Prinzips zu erleichtern, welches bekanntermaßen noch immer die russische Verwaltungs- und Rechtspflege dahin vereinfacht, daß, wer zahlt, Recht bekommt, ausgenommen wenn sein Gegner sich entschließt, noch mehr zu zahlen. Das General-Gouvernement für Esth-, Liv- und Kurland wurde 1876 aufgehoben, ohne Zweifel mit der Absicht oder doch der Nebenabsicht, den Widerstand des Deutschthums durch Theilung zu schwächen. Die alte geschichtliche Verfassung der Städte wurde aufgehoben, und so ließen sich noch mancherlei andere Maßregeln anführen, durch welche die jetzt so mächtige russische Nationalpartei ihrem Wunsche, die baltischen Provinzen ihrer deutschen Eigenthümlichkeit zu entkleiden, näher kommt. Und das alles geschieht unter der Herrschaft des Kaisers Alexander II., der für seine deutschen Unterthanen stets großes Wohlwollen gezeigt hat. Noch schlimmer gestalten sich die Aussichten für die Zukunft. Der älteste Sohn des Kaisers, Großfürst Nikolaus, verweilte öfter im Seebade von Libau und fand so großes Gefallen an dem hier entdeckten gemüthlichen deutschen Dasein, daß er sich in der kaiserlichen Familie den Beinamen „der neue Columbus“ erwarb. Den Kaufleuten gab er sein Wort, daß sie die langersehnte Eisenbahn haben sollten. Mit Edelleuten und Predigern, mit Bauern und Tagelöhnern ging er leutselig um und zeigte das aufrichtigste Wohlwollen für die baltischen Provinzen. Sein Tod wurde daher dort aufs Tiefste bedauert, und mit um so mehr Recht, wenn das wahr sein sollte, was in dem Aufsatz „Das Deutschthum in den russischen Ostseeprovinzen“ im letzten Heft von „Nord und Süd“ erzählt wird. Sein Bruder, der jetzige Thronfolger und dessen dänische Gemahlin verrathen nichts weniger als deutsche Sympathieen. Dies zeigte sich gleich bei ihrem ersten Besuche Rigas nach ihrer Verheirathung verletzend genug. Hier wies der Thronfolger jede ihm seitens der deutschen Einwohner dargebrachte Huldigung mit abgewandtem Antlitz und abwehrender Handbewegung ab, selbst das von der Bürgerschaft gebotene „Salz und Brod“, während er die ihm von einem russischen Kaufmann mit den Worten „Kaiserliche Hoheit, das ist russisches Brod“ überreichte Gabe dankend entgegennahm. Sein Deutschenhaß geht Hand in Hand mit den panslawistischen Bestrebungen; auch ist zumeist den Bemühungen seiner Partei der Ukas zuzuschreiben, welcher auch in den deutschen Provinzen die neuen russischen Bauernverhältnisse einzuführen gebot. Das Bauernland sollte binnen zwei Jahren an die Bauern verkauft sein, und nur das Mißtrauen und die Abneigung der Bauern führte einen Aufschub der Maßregel herbei. In allen öffentlichen Unterrichtsanstalten ist der Unterricht in der russischen Sprache so sehr auf Kosten des Deutschen er-

weitert worden, daß in vielen Klassen fünf bis sechs russische Stunden auf zwei deutsche kommen. Und so ließe sich noch manches anführen, worüber der Deutsche in den Ostseeprovinzen im Stillen klagt, während die russische Zensur ihn hindert, seine Beschwerden auszusprechen. So ist er denn genöthigt, seine Zuflucht zu der deutschen Presse zu nehmen. Der ungenannte Verfasser ist unbefangen genug, um theilweise die Deutschen, namentlich den Adel, verantwortlich zu machen für den Stand der Dinge. Dieser Adel, gesteht er zu, beging zwei Fehler, die nicht mehr gut zu machen sind: er versäumte, das unterworfene Volk zu verdeutschen, und versäumte, in dem deutschen Gewerbe- und Gelehrtenstande soziale Freunde und politische Bundesgenossen zu gewinnen. Mehr und mehr in seiner Selbstherrlichkeit aufgehend, vergaß er seiner Kulturpflicht, das Wachsen des Deutschthums mit zunehmender Einigkeit zu erzielen. Ja, in verblendeter Eifersucht auf seine persönliche Macht huldigte er vielmehr der Ansicht, dem unterworfenen Volk, welches jetzt den Bauernstand bildete, die Zivilisation vorenthalten zu müssen, um es desto leichter in Knechtschaft zu erhalten. Die deutsche Sprache, als Leiter zu solcher Zivilisation, blieb deshalb aus dem Verkehr mit ihnen verbannt. Und selbst nach endlicher Einführung von Volksschulen auf den Gütern wurden das Lettische und Esthnische als einzige Unterrichtssprache zugelassen, „weil diese Bauern nichts mehr zu lernen brauchen, als etwas lesen, schreiben und rechnen", obschon diese Bauern ein im Allgemeinen sehr befähigtes und insbesondere noch mit einem großen Sprachtalent ausgerüstetes Volk sind. Ebenso ließ die verblendete Eifersucht auf seine persönliche Macht dem Adel der Ostseeprovinzen jeden Antheil an derselben dem Mittelstande vorenthalten und diesen in einer Abhängigkeit verbleiben, welche peinlich und empörend einwirken mußte. Am empörendsten mußte es für die Deutschen in den Ostseeprovinzen gewiß wirken, durch die Privilegien des eingeborenen Adels sogar von allem Güterbesitz ausgeschlossen zu sein, und der Verfasser geräth einigermaßen in Widerspruch mit sich selbst, wenn er eine leise Sehnsucht nach dem ausschließlichen Güterbesitz des Adels verräth, weil er darin eine Schutzwehr für das Deutschthum erblicken will. Eine solche veraltete, überlebte und in ganz Europa verurtheilte Institution würde doch wahrlich nur eine schwache und gebrechliche Stütze sein. Selbst in dem feudalsten Staate Deutschlands, in Mecklenburg, ist der ausschließliche Güterbesitz des Adels schon im vorigen Jahrhundert aufgehoben, während die Leibeigenschaft sich noch bis 1820 behauptete. Auch der kurische Adel hat auf dem Landtage von 1864 auf dieses privilegium odiosum verzichtet und auf dem folgenden Landtage wurde den bürgerlichen Gutsbesitzern auch das Stimmrecht als an den Gütern haftend ertheilt. Wir haben für die Kämpfe und Leiden unserer deutschen Landsleute in den Ostseeprovinzen die aufrichtigste Theilnahme, doch müssen wir uns dagegen verwahren, wenn der Verfasser schreibt: „Darf auch das deutsche Reich aus politischen Rücksichten an eine Wiedergewinnung der baltischen Provinzen nicht denken, so darf und soll es doch seine Stimme für sie erheben und fordern, daß Rußland die Eide halte, mit denen es den Fortbestand ihrer Rechte nach Gesetz und Verwaltung gewährleistet hat." Die deutsche Regierung denkt nicht daran und darf gar nicht daran denken, sich in die inneren Angelegenheiten Rußlands einzumischen. Eben weil die Verhältnisse zu Rußland ohne unsere Schuld einigermaßen gespannt geworden sind, müssen wir alles sorgfältig vermeiden, was diese Spannung vermehren könnte. Uebrigens hat die preußische Regierung im eigenen Lande längst die ständischen Feudalrechte mit eiserner Hand zerbrochen, und der weitschauende Peter der Große hat bei der Bestätigung der livländischen Privilegien die Klausel hinzugefügt: „so weit sich die Gerechtigkeiten und Freiheiten auf jetzige Herrschaft und Zeiten appliziren lassen." Und schließlich ist es nicht die russische Regierung allein, sondern der Gang der Entwicklung, womit das Deutschthum zu kämpfen hat. Die Deutschen bilden nur 5 bis 7 pCt. der Bevölkerung und die eingeborenen Letten und Esthen werden durch ihre Fortschritte und Ansprüche dem Vorherrschen des Deutschen fast gefährlicher als die Russen.

Von einem höheren Standpunkte aus faßt Herr E. v. d. Brüggen das Verhältniß Deutschlands zu Rußland auf in einer Reihe von Artikeln, die er in der Wochenschrift „Im neuen Reich" veröffentlicht. Er sucht nachzuweisen, daß unser gegenwärtiges Verhältniß nicht mehr ein so enges und freundschaftliches bleiben konnte, wie es vor den Befreiungskriegen bis auf Alexander II. und namentlich bis zum letzten französischen Kriege gewesen ist. Er erblickt auch ohne Fernglas, wie er sagt, Keime zum weiteren Auseinandergehen Deutschlands und Rußlands, und erwähnt als solche das Slawenthum und das Streben Rußlands, die herrschende Seemacht in der Ostsee zu sein; aber die baltischen Ostseeprovinzen führt er nicht unter denjenigen Gegenständen an, die zu Weiterungen mit Rußland führen könnten. Nichts liegt dem Deutschen Reiche ferner, als die *Eroberungs*gedanken, die uns zuweilen von der russischen Presse zugeschrieben werden.

Deutschland.

+ **Berlin,** 3. Februar. [*Die Ministerkrisisgerüchte. Der Zwist im konservativen Lager.*] Die Ministerkrisisgerüchte, die in den letzten Tagen durch die Blätter gingen, sind wieder verstummt; sie entsprangen überhaupt, wie es scheint, nur vagen Kombinationen aus einer Situation, die zu solchen Kombinationen allerdings von selbst herausfordert. Daß der ganze Verlauf der Landtagssession nicht dazu beitragen konnte, die Stellung des jetzigen Ministeriums oder doch einzelner seiner exponirtesten Mitglieder zu befestigen, wird allgemein zugegeben werden müssen. Der Angelpunkt, um den sich die ganze Situation dreht, ist noch immer das Verhältniß zur römischen Kurie. Auch die jetzt zu Ende gehende Landtagssession hat die dringend wünschenswerthe Aufklärung über den Stand und die Aussichten der Versuche einer Verständigung mit der Kurie nicht gebracht; die Rückwirkung dieser fortdauernden Unsicherheit auf unsere parlamentarischen Verhältnisse besteht in der eigenthümlichen zuwartenden und hinterhaltigen Stellung des Zentrums, das allen neu auftauchenden politischen Fragen gegenüber eine Reserve beobachtet, die man gerade bei dieser Partei am wenigsten gewohnt war. Wenn man eine Reihe von Symptomen richtig gedeutet hat, so befindet sich der derzeitige Leiter des Kultusministeriums keineswegs in allen Stücken in Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler, sondern ist den Bestrebungen der Ultramontanen weiter entgegengekommen, als es den Intentionen des leitenden Staatsmannes entspricht. Als der Minister Falk durch Herrn v. Puttkamer ersetzt wurde, geschah es in der ausgesprochenen Meinung, die Verhandlungen mit der Kurie um so leichter zum Ziele führen zu können. Herrn v. Puttkamer's Programm war die Verständigung mit dem Vatikan, und was in seinen Kräften stand, hat er sicherlich gethan, um diese Verständigung herbeizuführen; die Fiktion von der konservativ-ultramontanen Majorität nahm nur bei Fragen seines Ressorts greifbare Gestalt an. Wenn trotzdem die Verständigung nicht gelingt, so ist Herrn v. Puttkamer's Rolle ausgespielt, und daß sie, wir wollen nicht sagen gescheitert, doch aber ihrem Ziele so gut wie um nichts näher gerückt ist, das wird ein aufmerksamer Beobachter der jüngsten Vorgänge nicht in Abrede stellen wollen. Auf solchem Boden gedeihen Gerüchte von neuen Ministerkrisen von selbst, und man wird nicht sagen können, daß sie alles thatsächlichen Anhalts entbehren. Die Gegensätze innerhalb der *konservativen Fraktionen* bilden ein mit Eifer erörtertes Thema in der Presse und verdienen bei der großen Stellung, welche diese Partei vermöge ihrer Zahl einnimmt, alle Aufmerksamkeit. Allgemein herrscht die Erkenntniß, daß die Konservativen die Hoffnungen, die ihre Freunde in das Anwachsen der Partei gesetzt, durchaus nicht verwirklicht haben, daß, wie die „Post" ganz richtig hervorhebt, selten eine parlamentarische Versammlung das Bild so völliger Desorganisation gezeigt, wie das gegenwärtige Abgeordnetenhaus. Als die neu- und die altkonservative Fraktion sich zu Anfang dieser Session verschmolzen, haben wir unserer Besorgniß Ausdruck gegeben, in der vereinigten Partei würden die gemäßigteren und zu einer Verständigung mit den Liberalen geneigteren Elemente von den schrofferen unterdrückt werden. Daß dies in der That der Fall war, ist namentlich bei den kirchlichen und Schulfragen hervorgetreten. Die konservative Partei in ihrer Mehrzahl hielt an der Einbildung fest, im Verein mit dem Zentrum eine sichere Majorität bilden und die Regierung zu einem vollständigeren Bruch, als sie selbst beabsichtigte, mit den liberalen Bestrebungen treiben zu können. Diese Anschauung kam bei der Präsidentenwahl zum Ausdruck und feierte ihren größten Triumph bei dem Kampf um die Simultanschule. Inzwischen aber zeigte es sich, daß die entschiedensten gesetzgeberischen Aufgaben, wie z. B. die Eisenbahnverstaatlichung, nur mit Hilfe der Nationalliberalen zu lösen waren und daß die künstlich konstruirte Majorität sich verflüchtigte, wenn man ihr ernste Aufgaben stellte. Diese Majorität des Zentrums und der Konservativen erwies sich zu nichts weiter fähig, als die Simultanschule zu bekämpfen oder den bürgerlichen Behörden das Recht auf die Kirchenglocken zu verkümmern; sonst aber versagte sie bei allen wichtigen Fragen. Die Konservativen haben mit ihrem Versuch, mit Hilfe des Zentrums eine Majorität zu bilden, eine falsche Operationsbasis eingenommen und darum mußten auch die Operationen danach ausfallen. Das ist der hauptsächlichste Grund der herrschenden parlamentarischen Desorganisation und der nach allen Seiten hin unbefriedigenden Stellung, welche die konservative Partei am Schlusse der ersten Probe auf ihre Leistungsfähigkeit seit ihrem Wiedererstarken einnimmt.

— Für die Zeit vom 1. April 1879 bis zum Schlusse des Monats Dezember 1879 sind im Reiche an *Einnahmen* (einschließlich der kreditirten Beträge) *aus Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern*, sowie anderen Einnahmen (verglichen mit der Einnahme in demselben Zeitraum des Vorjahres) zur *Anschreibung* gelangt: Zölle 110,686,502 M. (+ 32,721,822 M.), Rübenzuckersteuer 28,104,535 Mark (— 2,341,531 Mark), Salzsteuer 27,443,312 M. (+ 150,813 M.), Tabaksteuer 506,956 M. (+ 29,755 M.), Branntweinsteuer 25,061,643 M. (— 549,408 M.), Uebergangsabgaben von Branntwein 87,357 Mark (+ 4816 Mark), Brausteuer 11,600,322 M. (+ 159,839 M.), Uebergangsabgaben von Bier 717,491 M. (+ 27,282 M.), Summe 204,198,118 M. (+ 29,883,710 M.), Spielkartenstempel 788,606 M., darunter Nachsteuer 17,982 (+ 788,606 M.). Wechselstempelsteuer 4,777,737 M. (+ 152,143 M.), Reich-Post- und Telegraphenverwaltung 97,885,610 M. (+ 2,718,904 M.), Reichs-Eisenbahnverwaltung 27,632,600 M. (— 512,402 M.) Die zur Reichskasse gelangte *Ist-Einnahme* abzüglich der Bonifikationen und Verwaltungskosten beträgt bis Ende Dezember 1879: Zölle 103,596,604 M. (+ 33,364,532 M.), Rübenzuckersteuer 48,681,192 M. (+ 3,869,447 M.), Salzsteuer 24,571,087 M. (+ 84,721 M.), Tabaksteuer 416,734 M. (+ 36,553 M.), Branntweinsteuer und Uebergangsabgabe von Branntwein 28,674,904 M, (— 23,111 M.), Brausteuer und Uebergangsabgabe an Bier 10,450,583 M. (— 114,021 M.), Summe 216,391,104 M. (+ 37,218,121 M.), Spielkartenstempel (einschließlich der Nachsteuer) 782,455 M. (+ 782,455 M.).

— In den *deutschen Münzstätten* sind in der Woche vom 18. bis 24. Januar 1880 an *Goldmünzen* geprägt worden: 170,110 M. Kronen, und zwar auf Privatrechnung. Vorher waren geprägt: 1,268,111,720 M. Doppelkronen, 423,165,210 M. Kronen, 27,969,925 M. Halbe Kronen, hiervon auf Privatrechnung 399,498,450 M. Summa 1,718,984,670 M. (nach Abzug der wieder eingezogenen 240,620 M. Doppelkronen, 189,690 M. Kronen und 1985 M. Halbe Kronen.)

— Nachdem der *Chef der Admiralität* bereits vor 1½ Jahren in Bezug auf Kohlenbeschaffungen die Kommandanten in Dienst gestellter Schiffe angewiesen hatte, am Beschaffungsorte zunächst sich darüber zu vergewissern, ob *Kohlen deutschen Ursprungs* zur Stelle sind, und solchen unter gleichen Verhältnissen der Beschaffenheit und des Preises den Vorzug zu geben, hat derselbe unterm 26. v. M. bestimmt, daß in gleicher Weise auch bei Beschaffungen der wichtigsten *sonstigen Schiffsmaterialien* „bezüglich deren Deutschland mit dem Auslande konkurrirt," zu verfahren ist. „Es wird die Nachfrage nach Produkten der einheimischen Industrie für letztere nicht ohne Bedeutung sein, aber es muß auch Werth darauf gelegt werden, daß die an Bord (der Reichsschiffe) verwendeten Materialien, so weit angängig, von derselben Güte sind, wie die bei der Ausrüstung an Bord gegebenen. An denjenigen Plätzen, wo deutsche Kriegsschiffe häufig verkehren, wird es namentlich bei etwaigen Vertragsabschlüssen für längere Dauer gelingen, diejenigen Handelshäuser, welche wiederholt mit Lieferungen betraut werden, zur

Vortrag von Professor Robert v. Schlagintweit.

Im hiesigen Handwerkervereine hielt am Dienstag Abend Herr Professor Robert v. Schlagintweit, einer der drei um die Erforschung Indiens verdienten Brüder, von denen der zweite, Emil v. Schlagintweit, jetzt auch das Werk „Indien in Wort und Bild" herausgiebt, einen Vortrag über das Wunderland am Ganges und seine Bewohner. Der berühmte Reisende liebt es, in markanten, scharf accentuirten Sätzen zu sprechen; er hat sich ungeachtet seines bewegten Lebens und der vielfachen Reisestrapazen, deren Spuren in seinem Gesicht ausgeprägt sind, noch immer die volle Frische und Elastizität seines Geistes bewahrt. Wenn wir auch in dem Vortrage Schlagintweits die glühende farbenprächtige Schilderung eines Rohlfs, bei der in jedem Moment das *Selbsterlebte* hervortritt, vermißten, so verstand er es doch, die Zuhörer — wenn auch nicht auf Flügeln des Gesanges, wie Heine — so doch in etwas weniger melodischer Weise nach den Ufern des Ganges zu versetzen und ihnen einen Einblick in die Sitten und Gebräuche der Hindu's zu gewähren, wie wir dies in dem Nachstehenden kurz skizziren wollen.

Eine besondere Beachtung, so führte der Vortragende aus, verdienen unter den Bewohnern Indiens namentlich die Hindus, um so mehr, als sie den größten Theil der gesammten Volkszahl bilden. Unter 240 Millionen findet man ca. 140 Millionen Bekenner des Hinduismus. Der Letztere ist charakteristisch durch seine seltsamen, Jahrtausende alten religiösen Einrichtungen, die theilweise, wie das Kastenwesen ganz verrottet sind. Den Forschungen der Wissenschaft ist es bisher noch immer nicht gelungen, den Ursprung des Kastenwesens mit Sicherheit und Bestimmtheit festzustellen. Die Hindus bestehen aus vier große Hauptkasten, die sich wieder in zahlreiche Nebenkasten zersplittern. Die erste Kaste ist die der Brahmanen oder Priester, welche nach der religiösen Ansicht aus dem Haupte oder Munde des Gottes Brahma entsprossen sind. Die Brahmanen sind die wahren Priester der Hindus, sie üben den Gottesdienst und interpretiren den Sanskrit. Allerdings, so meint der Vortragende, verstehen in Europa viele Gelehrte den Sanskrit besser und gründlicher als die Brahmanen. Die Priester leiten auch die Schulen, daher ihr Haß gegen die christlichen Missionäre so groß ist, weil die Letzteren die Volkserziehung an sich zu reißen suchen. — Die zweite Kaste ist die der Krieger, welche nach dem allgemeinen Glauben aus den Armen des großen Schöpfers entsprossen sind. Dem Kriegerstande gehören die eingeborenen Fürsten, die Rajahs an. Die dritte Kaste bilden die Kaufleute und Oekonomen; der vierten Kaste, aus den Füßen des großen Schöpfers entsprossen, gehören die Handwerker und Gewerbtreibenden an. Es giebt außerdem noch zahlreiche niedere Kasten. Unmöglich ist es, daß Jemand je aus einer niederen in eine höhere Kaste gelangen könnte, so streng sind die Standesunterschiede.

Dagegen können die Angehörigen einer höheren Kaste zur Strafe für einen Fehltritt in eine niedere Kaste versetzt werden. Wie starr die Standesvorurtheile unter den Indiern sind, ist für europäische Begriffe kaum glaublich. Der Vortragende führt als ein Beispiel an, daß, als im Jahre 1858 zur Zeit des großen indischen Aufstandes ein Sepoy schwer verwundet auf einem Schlachtfelde lag und nach Wasser lechzte, er das ihm von einem andern Inder dargebrachte Wasser mitten während des Trunks entsetzt zurückwies, da er in dem Ueberbringer einen Mann aus einer niederen Kaste erkannte, durch dessen Berührung er verunreinigt worden wäre. Unter solchen Umständen und bei so hemmenden Gebräuchen ist das Errichten von Verkehrsanstalten und Gasthöfen in Indien eine Unmöglichkeit, jeder Reisende führt stets zu seiner Bequemlichkeit ein Zelt mit sich, selbst wenn er ein Europäer ist. Für den Reisenden sind die Kastenunterschiede eine beständige Plage und eine Ursache großen Verdrusses und bedeutender Geldausgaben, da er genöthigt ist, sich stets mehrere Diener aus verschiedenen Kasten, jeden zu einer besonderen Dienstverrichtung zu halten.

In welcher Weise mag nun das Kastenwesen entstanden sein und sich nach und nach herausgebildet haben? Nach Ansicht Schlagintweit's und nach den Anschauungen, die er gewonnen, sind die vier großen Hauptkasten auf vier große verschiedene Menschenstämme zurückzuführen. Die niederste Kaste sind die Ureinwohner, die übrigen Kasten sind nach und nach eingewanderte Eroberer. Einen Beweis dafür findet Schlagintweit in dem Umstande, daß die niederste Kaste in Bezug auf Gesichtsbildung und Fähigkeiten von den oberen Kasten gänzlich verschieden ist, fast ebenso, wie der Australneger vom Europäer. Dagegen haben die oberen Kasten viel Aehnlichkeit mit den Europäern, sie sind die Nachkommen der vor ca. 5000 Jahren nach Indien eingewanderten Arier. Die Brahmanen sind nach Schlagintweit der zuletzt eingewanderte mächtigste Stamm, der wahrscheinlich mit einem Söldnerheere ankam, aus welchem dann der Kriegerstand hervorging. Die Priester haben kluger Weise die Religion zur Aufrechterhaltung ihrer Standesherrschaft benützt und das Kastenwesen als eine von Gott verliehene Institution ausgegeben.

Der Brahmanismus beruht auf Anbetung der Natur und hat gerade deshalb viel Auswüchse und fanatische Sekten gezeitigt. Ein Beispiel sind die Fakirs, unter denen sich die am meisten exzentrischen Schwärmer finden, so daß ein solcher Fakir z. B., nach Angabe des Vortragenden, einmal aus religiösem Fanatismus einen Weg von mehr als 100 Kilometern auf dem Bauche kriechend, wie ein Reptil, zurücklegte. (Wir haben in unserem „hochkultivirten" Europa auch ähnliche „Fakirs", man denke nur an die echternacher Springprozession. — Red. der Pos. Ztg.) Das Rind gilt bei den Brahmanen für heilig und unverletzlich und obgleich es häufig in übertriebener Weise zur Arbeit angestrengt und dabei gemartert wird, so darf es doch niemals getödtet werden. Der Tigeraberglaube kostet jährlich viele hunderte von Menschenleben, da nach dem Glauben der Hindus jeder Tiger ein Mensch sein soll, der zur Strafe in solcher Gestalt herumwandeln muß, bis er durch ein in seiner Nähe laut gemurmeltes Gebet erlöst wird. Deshalb bleibt mancher Hindu ruhig in der Nähe des Tigers in betender Stellung und findet dadurch seinen Tod. Wie weit der Thierkultus getrieben wird, geht daraus hervor, daß sogar Affenverheirathungen vorgenommen werden, wie auch der Vortragende selbst einer solchen Zeremonie in einer Pagode beigewohnt hat. Auch die Krokodile werden verehrt. In einem heiligen Teiche, doppelt so groß wie der Lambert'sche Saal, sah der Vortragende 40 bis 50 Krokodile, welche daselbst absichtlich gehalten wurden und ganz zahm gemacht worden waren. Von ihrer Zahmheit kann man sich einen Begriff machen, wenn man hört, daß ihre Köpfe von den Indern mit Bildern und heiligen Inschriften bemalt wurden und daß die Reptile auf einen Ruf aus dem Wasser gehorsam herbeikamen, was einen geradezu märchenhaften, an „Tausend und eine Nacht" erinnernden Anblick gewährte.

Der Brahmanismus hat auch eine Anzahl von grausamen Sitten und Gebräuchen eingeführt, wie das Verbrennen der Wittwen, das noch bis 1829 öffentlich stattfand. Wenn die Sitte auch jetzt verboten ist, so wird sie heimlich doch noch immer aus-

Heranschaffung solcher deutschen Fabrikate zu veranlassen, welche durch langjährigen Gebrauch in der Marine bewährt sind.“

— Wie man aus Kassel schreibt, ist in den Vergleichsverhandlungen mit den hessischen Agnaten jetzt abermals eine neue Phase eingetreten — die vierte seit der bekannten Dezember-Konferenz in Berlin, in welcher die Präliminarien für einen Abschluß mit drei der Agnaten festgesetzt wurden. Nachdem es sich als unzweifelhaft ergeben hatte, daß die proponirte Abfindungssumme nicht aus dem Baarbestande des Familienfideikommißvermögens genommen werden darf, suchte man den Ausweg, daß den zu einer Abfindung geneigten Klägern die betreffenden Summen aus preußischen Staatsmitteln gewissermaßen „leihweise“ gegeben werden sollten, wogegen diese für den Fall des für den Fiskus günstigen Ausgangs des schwebenden Monstreprozesses ihrerseits die ihnen aus dem Vermögen unantastbar zustehende Apanage (jährlich rot. 18,000 M. für jedes Glied) bis zur Höhe des Kapitels nebst Zinsen „verpfändeten“. Nunmehr stellt sich aber heraus, daß nach der einschlägigen Gesetzgebung die Apanage absolut unverpfändbar ist, wie denn die Gerichte auch bereits eine desfallsige Entscheidung gegeben haben, als die Gläubiger der in Konkurs gerathenen landgräflichen (agnatischen) Familie von Hessen-Philippsthal die Apanage mit Beschlag belegen wollten. Hiernach erscheint eine partielle Abfindung schlechterdings unthunlich zu sein, und erst das Erkenntniß des Reichsgerichts in Leipzig wird die Entscheidung bringen. Inzwischen drängt der dissentirende Prinz Wilhelm auf die Beendigung des Prozesses und wird sich jetzt beschwerdeführend wiederholt an den Justizminister, sowie ferner an den Reichstag und an das Reichsgericht wenden, weil das Oberlandesgericht in Kassel, trotzdem die letzte Rechtfertigungsschrift bereits vor länger als zwei Jahren bei dem Appellationsgerichte eingereicht wurde und die Sache wohl längst spruchreif ist, kein Erkenntniß giebt.

— Die Verwaltungsgesetzkommission setzte gestern die Diskussion über die Frage der gegen das Verwaltungszwangsverfahren zu gewährenden Rechtsmittel fort. Während die Regierungsvorlage gegen die Anordnung selbst sowohl, als gegen die Androhung des Zwangsmittels, dem Betroffenen die Wahl zwischen Beschwerde und Klage, gegen die Festsetzung und Ausführung des Zwangsmittels aber nur die Beschwerde gewähren will, beantragte Abg. Freiherr v. Heereman, die Wahl zwischen Beschwerde und Klage auch noch auf die Festsetzung des Zwangsmittels auszudehnen; wogegen Abg. Knebel die Klage nur einmal zulassen, dem Betroffenen aber anheimstellen wollte, ob er dieselbe gegen die Anordnung oder die Androhung oder die Festsetzung oder endlich die Ausführung in der Weise zu richten vorziehe, daß die Klage stets sich auf das ganze vorhergehende Verfahren erstrecke. Abg. Zelle wünschte die Vorlage der Regierung wenigstens insofern verändert zu sehen, als er eine Klage auch nach der Androhung noch dann zuzulassen vorschlug, wenn eine Haftstrafe verhängt sei. Bei der Erörterung dieser Anträge wurde durch Erklärung des Ministers des Innern festgestellt, daß die Regierungsvorlage ein Klagerecht gegen das Zwangsverfahren in allen denjenigen Fällen überhaupt nicht gewähren will, in welchen gegen die Anordnung selbst nur eine Beschwerde statthaft ist. Der Abg. Dr. Brüel behielt sich vor, das Klagerecht in zweiter Lesung für jede Anwendung der Zwangsmittel zu generalisiren. Bei der Abstimmung wurden alle gestellten Anträge mit der gleichen Minorität von 12 gegen 6 Stimmen abgelehnt und die Regierungsvorlage angenommen. — Man ging nun zu dem Polizeiverordnungsrecht über, das bis zu dem die Kreispolizeiverordnungen behandelnden § 75 der Vorlage erledigt wurde. Zu erwähnen ist nur ein Antrag des Abg. Janssen, welcher die Befugniß der Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten zum vorläufigen Erlaß von Polizeiverordnungen unter Vorbehalt der Entscheidung des Provinzial- resp. Bezirksrathes an die Frist von 6 Wochen, statt an die von der Regierung in Uebereinstimmung mit dem Zuständigkeitsgesetze vorgeschlagene vnn 3 Monaten, knüpfen wollte. Die Kommission entschied sich jedoch auch hier gegen eine Minorität von 6 Stimmen für die Regierungsvorlage.

— Ein anscheinend offiziöser Berichterstatter schreibt der „Wiener Montagsrevue“ aus Berlin über die Militärgesetz-Novelle:

„Fürst Bismarck hat die Welt schon zum Oefteren durch seine Offenherzigkeit in Erstaunen gesetzt, aber auch große Erfolge damit erzielt. Wir glauben, er wird es auch in diesem Falle; mindestens zeigt die auswärtige Presse bereits die Spuren des tiefen Eindruckes, welchen die unverhohlene Berufung auf die Gründe der beabsichtigten Steigerung der deutschen Militärkraft hervorgebracht hat. Es ist selten vorgekommen, daß man in einem öffentlichen Aktenstück im Hinblick auf zwei Nachbarmächte, mit welchen man augenblicklich in Frieden lebt, und unter direkter Hinweisung auf diese Mächte, den Kriegsfall erörtert. Wenn man aber erwägt, daß der leitende Staatsmann der einen Macht seinerseits einen solchen Fall ins Auge faßte und in einer Form erörterte, welche geeignet war, denselben unseren Nachbarn jenseits der Vogesen begehrenswerth zu machen, während man in Frankreich es noch immer für patriotisch hält, sich chauvinistisch zu geberden und die Revanchegelüste aufzustacheln, so wird man zugeben, daß die Motivirung des Gesetzentwurfes nicht blos gerechtfertigt ist, sondern auch dazu dienen kann, den Frieden zu befestigen. Schlimme Absichten finden ihren Vortheil gewöhnlich nur im Geheimniß; sehen sie sich erkannt und wissen sie, daß sie nicht durch Ueberraschung wirken können, so verzichten sie zumeist. Wir können dahin gestellt sein lassen, ob die mancherlei schlimmen Anzeichen, welchen sich Deutschland im vergangenen Jahre gegenüber befand, einem bereits gefaßten Plane entsprechen, oder nur gewissen Gelüsten entsprangen. Die von den Gesetzmotiven mit so großer Ruhe vorgetragene Erörterung des Kriegsfalles und der für denselben zu Gebote stehenden Mittel wird ganz ohne Zweifel dahin wirken, den Kriegsfall — wenn nicht unmöglich zu machen, so doch in eine unbestimmte Ferne zu rücken. Je länger aber der Friedensstand in Europa erhalten wird, je mehr er die Gewohnheit des Lebens wird, mit den aus dieser Gewohnheit entspringenden segensreichen Wirkungen, um so ungeheurer wird die Verantwortlichkeit des Friedensbrechers und um so unwahrscheinlicher der Friedensbruch. Haben aber erst die jetzigen Rüstungen eine solche Situation herbeigeführt, dann werden sie ganz von selbst in ihrer Spannkraft nachlassen und die Weisheit des mehrgedachten Gemeinplatzes wird sich bewähren. Inzwischen freilich wird es an harten Kämpfen um die gegenwärtige Vorlage nicht fehlen, wie solche durch die Militärorganisation in Preußen, sowie durch die Reichs-Militärgesetzgebung hervorgerufen wurden. Wir wollen den Ereignissen und den Entschließungen der Parteien nicht vorgreifen; wahrscheinlich aber scheint es uns nicht, daß sich eine Majorität, wie sie in der vorigen Session für die Zollreform vorhanden war, in derselben Zusammensetzung wiederfinden wird; es ist aber vorherzusehen, daß diejenige Partei, welche den nationalen Gedanken ihren Bestrebungen voranstellt, die Frage der nationalen Sicherheit eben darnach beurtheilen wird, was man von den konservativen Fraktionen gewiß nicht minder erwarten kann. Die Militärvorlage hat übrigens, namentlich wegen ihrer Motivirung, der Konjekturalpolitik gewaltig Vorschub geleistet. Die scharfsinnigen Politiker im Publikum legten noch ein besonderes Gewicht darauf, daß Fürst Bismarck nach seiner Rückkehr von Varzin wiederholt vom Kronprinzen in längerer Audienz empfangen wurde und daß dieser den bereits bestimmten Termin seiner Abreise zweimal verschob. Natürlich, wenn man auf der Hand liegende Erklärungsgründe nicht gelten lassen will, kommt man zu abenteuerlichen Kombinationen. Es ist aber gewiß das Selbstverständlichste, daß der Kronprinz des deutschen Reichs und Preußens, im Begriff, einen längeren Aufenthalt im Auslande zu nehmen, mit dem leitenden Staatsmanne die politische Situation bespricht. Daß man namentlich an der Börse weitere Kombinationen an diese einfache Thatsache knüpft, erklärt sich leicht aus der jetzigen Erregung der Spekulation, gegen welche übrigens die hiesige Börse sich durch eine gewisse Selbstironie zu wappnen weiß. Auf die übliche Frage: Was giebt's Neues? erfolgt regelmäßig die Antwort: Es ist nicht wahr! Man bezeichnet mit dieser Formel gewiß sehr treffend die regelmäßige Ebbe der Dementirungen, welche der Fluth von sensationellen Neuigkeiten auf dem Fuße folgt.“

— Die in Aussicht genommene Vermehrung des deutschen Heeres bringt schon jetzt eine Sturmfluth von Petitionen aus Provinzialstädten um Ueberweisung von Garnisonen in Fluß. Beim Kriegsministerium gehen bereits solche Petitionen ein; in großer Anzahl werden solche noch vorbereitet.

— Nach offiziöser Meldung hat bekanntlich der Reichstag an neuen Steuervorlagen zu erwarten: 1) den wieder vorzulegenden Entwurf betreffend die Brausteuer; ferner eine Vorlage betreffend die Börsensteuer und wahrscheinlich eine Vorlage betreffend den Quittungsstempel. — Ergänzend dazu wird der „Trib.“ geschrieben, daß über die Inseratensteuer und die Wehrsteuer, welche dem Reichstage gleichfalls zugedacht waren, die Vorberathungen noch lange nicht geschlossen sind. Hinsichtlich der Wehrsteuer hört man inzwischen, daß dieselbe event. jede Befreiung vom Militärdienst treffen soll und zwar so, daß der Befreite während der Dauer der zwölfjährigen Dienstzeit jährlich einen Prozentsatz von seinem Einkommen (bis zu 1000 M. jährlich 4 M., und mit festem Prozentsatz von höherem Einkommen) zu entrichten haben würde. Man glaubt mit dem Ertrage dieser Steuer das Mehrerforderniß des Militär-Etats decken zu können.

— Der dem Herrenhause zugegangene Gesetzentwurf, betreffend das Ruhegehalt der emeritirten Geistlichen, lautet in seinen 7 Artikeln wie folgt:

Art. 1. Der in dem anliegenden Kirchengesetze vom 26. Januar 1880 gewährte Anspruch auf ein Ruhegehalt kann mit rechtlicher Wirkung nur insoweit abgetreten, verpfändet oder sonst übertragen werden, als derselbe der Pfändung unterliegt.

Art. 2. Eine nach § 8 Absatz 2 des Kirchengesetzes von dem Provinzialkonsistorium getroffene Bestimmung, an wen die vor dem Tode des Geistlichen nicht erhobenen Ruhegehaltsbeträge zu zahlen sind, steht dem Anspruche des nach dem bürgerlichen Rechte zur Hebung dieser Beträge Berechtigten nicht entgegen.

Art. 3. Die im § 11 des Kirchengesetzes bezeichneten Emeriten-Zuschußfonds werden mit dem Tage, an welchem das gegenwärtige Gesetz in Kraft tritt, aufgelöst und gehen von diesem Zeitpunkte ab mit allen Rechten und Verbindlichkeiten auf den zu bildenden Pensionsfonds der evangelischen Landeskirche über. — Die Auflösung und der Uebergang erfolgen unbeschadet der Rechte Dritter. — Die Verwaltung und Vertretung des Pensionsfonds der evangelischen Landeskirche regelt sich nach Art. 19 des Gesetzes vom 3. Juni 1876.

Art. 4. Gegen die Entscheidung des Evangelischen Ober-Kirchenraths über die Höhe der nach den §§ 12 bis 15 des Kirchengesetzes an den Pensionsfonds der evangelischen Landeskirche zu leistenden Beiträge findet der Rechtsweg nicht statt. — Wegen der Ansprüche auf Ruhegehalt findet der Rechtsweg gegen die Entscheidung des Evangelischen Ober-Kirchenraths nur nach Maßgabe des Gesetzes vom 24. Mai 1861 statt

Art. 5. Die Beiträge der Geistlichen und der kirchlichen Stellen an den Pensionsfonds der evangelischen Landeskirche können im Wege der administrativen Zwangsvollstreckung beigetrieben werden.

Art. 6. Alle diesem Gesetze und den Vorschriften des Kirchengesetzes über die Gewährung von Ruhegehalt entgegenstehenden Bestimmungen, mögen dieselben in den allgemeinen Landesgesetzen, in Provinzial- oder Lokalgesetzen oder Lokalordnungen enthalten oder durch Observanz oder Gewohnheit begründet sein, treten außer Kraft. — Insbesondere treten die Bestimmungen außer Kraft, nach welchen Geistlichen der Anspruch auf einen Emeritenantheil aus dem Pfarreinkommen zusteht, vorbehaltlich jedoch der Rechte der bereits emeritirten Geistlichen, sowie der im Amte stehenden Geistlichen, soweit der Anspruch der Letzteren auf der Anstellung in ihrem gegenwärtigen Amte beruht. — Der nach Maßgabe des § 19, Absatz 2 des Kirchengesetzes gestellte Antrag gilt als Verzicht auf diese Rechte, sowie auf den etwaigen Anspruch an einen der im § 11 des Kirchengesetzes bezeichneten Zuschußfonds.

Art. 7. Die Geltung dieses Gesetzes für die Provinz Westfalen und die Rheinprovinz hat die Verkündung der im § 20 des Kirchengesetzes vorbehaltenen kirchlichen Verordnung zur Voraussetzung. — Sowohl für diese, als auch für die übrigen Provinzen wird der Tag, an welchem dieses Gesetz in Kraft tritt, durch königliche Verordnung bestimmt.

— Zur Gerichtskostenfrage erhält die „Trib.“ aus richterlichen Kreisen einen der Praxis entnommenen Beitrag, der als eine weitere Illustration des jetzigen Mißverhältnisses dienen mag. Unser Gewährsmann schreibt: „....Ich habe ein sog. „Gehaltabzugsverfahren“ zu leiten und hat die Vertheilung des abzugsfähigen Theils des Gehalts eines Beamten unter dessen Gläubiger unlängst stattgefunden. Die Kosten werden noch nach der alten Taxe berechnet, und hätten früher 56 Mark betragen. Da die Vertheilung aber nach dem 1. Oktober stattgefunden hat, so waren nach § 21 des Gesetzes vom 10. März 1879 außerdem „baare Auslagen“, wozu Schreib- und Zustellungsgebühren gehören, zu berechnen. Diese betragen 96 Mark 90 Pf., und

---

geübt. Nicht minder verabscheuungswerth ist die Sekte der Würger (der Thugs). Das Vorhandensein dieser Geheimgesellschaft ist lange Zeit bezweifelt, schließlich aber wirklich nachgewiesen worden.“ Die Thugs betrachten sich als die Vollstrecker des Willens einer Göttin, welche einst beschlossen haben soll, alle Menschen, die nicht ihre Anhänger sind, zu tödten. Da aber nach der Sage aus jedem vergossenen Tropfen Blut neue Feinde entstehen sollen, so wenden die Thugs zur Beseitigung aller Ungläubigen die Erdrosselung an. Sie vergreifen sich indeß nie an Weißen, sondern nur an Farbigen, und in dieser Weise sind unzählige entsetzliche Morde verübt worden.

Im Ganzen sind die Hindu's in ihrem Benehmen von den Europäern zwar durchaus verschieden, in mancher Beziehung denselben jedoch überlegen. Sie besitzen einen ungemeinen Sinn für das Schickliche und Passende, eine feine Anmuth und angeborene Grazie. So bewahren sie auch stets eine würdevolle Haltung und ungezwungene Leichtigkeit; die Sicherheit und Schicklichkeit mit der sich oft vertriebene Indierfürsten in London selbst in den exklusivsten aristokratischen Zirkeln bewegen, ist eine staunenswerthe. Auch dem gemeinen Inder ist trotz seines manchmal unedlen Charakters der Sinn für das Einschmeichelnde und Feine angeboren.

Nach den Frauen zu fragen, gilt bei den Indern als Unanständigkeit. Man bedient sich in solchem Falle einer Umschreibung und frägt: „Wie geht es Ihrem Hause?“ Will man sich auch nach den Kindern erkundigen, so frägt man: „Wie geht es Ihren Häusern?“ Es wäre auch nicht passend die Schmuckgegenstände bei einem Inder zu bewundern, da derselbe sie in diesem Falle sofort dem Fremden zum Geschenk macht, als Gegenleistung jedoch innerhalb dreier Tage ein Geschenk von doppeltem Werthe erwartet.

Obgleich in Indien ca. 23 Sprachen gesprochen werden, so war es Schlagintweit doch möglich, sich mit den Eingeborenen ohne Hülfe eines Dollmetschers zu verständigen und zwar mittelst einer hindostanischen Mischlingssprache, welche auf dem Sanskrit wurzelt, dann aber auch zahlreiche persische, arabische, portugiesische, französische und selbst deutsche Elemente enthält.

Außer den Bekennern des Hinduismus fallen in Indien durch ihre Volkszahl besonders die Muhamedaner auf, welche an 40 Millionen zählen, so daß die Königin von England über mehr Muselmanen herrscht, als der türkische Sultan.

Was die Ureinwohner betrifft, so haben diese ursprünglich in den fruchtbaren Gefilden des Ganges gewohnt, sind aber von den Eroberern später in unwirthbare Gegenden verdrängt worden. Sie haben keine Spur von Kastenzersplitterung unter sich und betrachten sich als die von Alters her rechtmäßigen Herren von Indien. Ihr Antlitz ist schwarz und hat viel Aehnlichkeit mit den Australnegern, ihre Nase ist platt, doch unterscheiden sie sich von den Negern dadurch, daß ihr Haar nicht kraus und wollig, sondern schlicht und glatt ist, ferner dadurch, daß sie eine hohe Stirn haben. Die Sitten und Manieren dieses Volksstammes sind äußerst roh und thierisch; neuerdings wollte man ihn christianisiren, indeß sind diese Leute zu roh und unempfänglich, um das Wesen des Christenthums zu erfassen.

Der bedeutendste unter den zerstreuten Volksstämmen sind die Sikhs; sie sind die einzigen, welche Fleischnahrung genießen und erscheinen daher auch kräftiger und schöner als die übrigen Bewohner Indiens. Höchst intelligent sind in Handel und Verkehr die Feueranbeter, welche etwa 70,000 Seelen zählen und deren Anhänger meist Groß-Kaufleute sind. Es giebt in Indien ferner auch zahlreiche Israeliten, nach Schlagintweit theils weiße (europäische), theils schwarze (farbige). Die Zahl der Engländer in Indien mag etwa 95,000 betragen.

Was das Wohnungswesen der Eingeborenen anlangt, so giebt es in Indien keine Höhlenbewohner, obgleich zahlreiche unterirdische Felsentempel vorhanden sind, die aus der Zeit nach Christi Geburt stammen. Die Dörfer sind höchst einfach und bestehen aus Bambushütten, während in den Städten häufig prachtvolle Paläste zu finden sind, die fünf, oft sechs oder sieben Stockwerke zählen, im Innern aber sehr einfach sind. Zahlreiche Moscheen und Pagoden sind über das Land verstreut und manche sind von großer architektonischer Schönheit, so namentlich in Benares, welche Stadt für den Hinduismus dieselbe Bedeutung hat, wie Mekka für die Muselmanen, Rom für die katholischen Christen, Jerusalem für die Israeliten.

Die Bekleidung der Inder ist überaus einfach, meist völlig weiß. Groß ist der Luxus beider Geschlechter in Bezug auf Schmucksachen; man trägt Ringe an den Ohren, Nasen und Zehen, und manche dieser Schmucksachen sind so schwer wie Fesseln. Was die Lebensweise anlangt, so nähren sich die meisten Inder nur von Gemüse und Früchten; Millionen haben nie in ihrem Leben Fleisch gegessen. Um die Zubereitungsweise der Speisen rituell einzuhalten, ist jeder vornehme Inder genöthigt, seine Mahlzeit selbst zu bereiten; gegessen wird mit den Fingern. Während der Genuß von Wein verboten ist, lieben die Hindus das Tabakrauchen, das Betelkauen und die narkotischen Genüsse, Haschisch und Opium.

Der Vortragende wirft am Schluß seiner interessanten Schilderungen die Frage auf, welche Zukunft wohl dem Hinduismus bevorstände, und er antwortet darauf, daß derselbe mit der Zeit verschwinden müsse. Ob der Buddhismus oder das Christenthum seine Stelle einnehmen werde, sei ungewiß. Der Hinduismus habe weniger von der Proselytenmacherei zu befürchten, als von seiner eigenen Selbstzersetzung und der zunehmenden Aufklärung, Bildung und Zivilisation. Eine Religion, welche eine solche Unmasse von hemmenden Gebräuchen besitze, könne sich im Zeitalter des fortschreitenden Verkehrs und der zunehmenden Kultur nicht länger halten, sondern müsse verschwinden. Wer die weitere Entwicklung der Menschheit will, kann daher den Untergang des Brahmanismus nur aufrichtig wünschen.

H.

Ueber Witterungsberichte.

von Professor Dr. Magener.

Die plötzlich eingetretene bedeutende Kälte im Anfange des vergangenen Dezember, die damit verbundene Preissteigerung unserer Brennmaterialien, die milde Witterung, die vom 29. Dezember bis 14. Januar andauerte und am 10. Januar den Eisgang der Warthe herbeiführten, die seit dem 3. Dezember gestanden hatte, und unsere Vorstädte auf dem linken Warthe-Ufer mit ihren Fluthen bedrohte, und der darauf mit ziemlicher Strenge sich wieder geltend machende Winter haben uns allen den mächtigen, einschneidenden Einfluß der Witterung fühlbar gemacht. Mancher, dem Witterungsberichte sonst fern liegen, hat eifrig nach den auch von unsern Zeitungen täglich gebrachten größeren Witterungsberichten der hamburger Seewarte gegriffen, um sich einen Ueberblick über die Witterungsverhältnisse unserer Nachbarländer zu verschaffen, sie mit den unsrigen zu vergleichen und einen Schluß auf die Temperatur der nächsten Tage zu machen. Ein solcher Vergleich war bisher, da die zu beobachtenden meterologischen Instrumente für Posen und die Seewarte ein verschiedenes Maßsystem hatten, ein umständlicher und für

zwar 71 M. 60 Pf. Schreibgebühren und 25 M. 30 Pf. Zustellungsgebühr, so daß also anstatt 56 Mark an Kosten zum Ansatz gekommen sind: 152 Mark 90 Pf. Früher wurden diese baaren Auslagen nicht besonders berechnet, sondern durch das in den 56 M. steckende sog. Pauschquantum gedeckt. Zu vertheilen waren überhaupt nur 692 M. 69 Pf. Hiervon kommen die Kosten vorweg in Abzug. Der arme Beamte und die armen Gläubiger!“

— Der königliche Landrath des Kreises Pleß veröffentlicht im dortigen Kreisblatt folgende Bekanntmachung: „Es ist leider eine unbestreitbare Thatsache, daß ein großer Theil der Bevölkerung des Kreises dem Branntweingenusse in verderblicher Weise ergeben ist. An Sonn- und Festtagen nach dem Gottesdienste und an Wochenmarktstagen sind in den Städten und auf den Landstraßen überall Betrunkene anzutreffen, und von diesen sehr viele in einem solchen Zustande, daß sie unfähig, zu Fuß nach Hause zurückzukehren, an der Landstraße liegen bleiben. In jedem Winter kommt eine Anzahl von Personen durch Erfrieren auf diese Weise um das Leben. Die Ursache dieses Uebels liegt in dem leichtlebigen Charakter der Bevölkerung, aber eben so sehr in der Menge der im Kreise vorhandenen Schänken und darin, daß ein Theil der Schänker in verwerflicher Gewinnsucht ihren Gästen ein Uebermaß an geistigen Getränken oder Getränke verabfolgen, welche durch besondere Zusätze eine ungewöhnlich berauschende Wirkung haben. Diese Zustände müssen aufhören und sie können aufhören, wenn die Polizeibehörden mit Energie diesem Unwesen entgegentreten. Unter ergebener Bezugnahme auf meine Kreisblattbekanntmachung vom 23. Dezember v. J. ersuche ich die Herren Amtsvorstände und Polizeiverwaltungen nochmals ergebenst, die ihnen unterstellten Polizeibeamten anzuweisen, daß sie hinsichtlich jedes Betrunkenen feststellen, wo derselbe sich betrunken hat. Die Anzeige bitte ich mir zuzustellen. Ich lasse bezüglich jedes Schänkers oder Gastwirthes, über welchen mir eine solche Anzeige zugeht, nach seiner Vernehmung ein Aktenstück anlegen, zu welchem alle derartigen Anzeigen genommen werden. Ueber jede Anzeige wird der Schänker oder Gastwirth gehört. Die Folge kann nur die sein, daß entweder der Gastwirth oder Schänker nicht mehr Getränke bis zur Trunkenheit verabfolgt oder daß gegen ihn so viele Anzeigen vorliegen, um den Nachweis führen zu können, daß er das Gewerbe zur Völlerei mißbraucht. Im letzteren Falle wird gemäß §§ 33, 53 der R.-G.-O. vom 21. Juni 1869 das Verfahren auf Konzessionsentziehung erfolgen. Es darf von jetzt an im Kreise Pleß nicht mehr vorkommen, daß auf der Landstraße Leute gesehen werden, welche vor Trunkenheit taumeln oder liegen bleiben, oder daß in den Schänken Schlägereien entstehen, ohne daß der betreffende Schänker oder Gastwirth zur Anzeige gebracht wird. Sonst muß ich annehmen, daß in demjenigen Polizeibezirke, wo dies geschieht, die Polizei nicht mit der Energie gehandhabt wird, wie es für einen oberschlesischen Polizeibezirk durchaus erforderlich ist.“

— Der Bau der Vorarlberger Bahn — oder vielmehr die Fortsetzung derselben von Bodenberg über den Arlberg, Landeck und das Innthal nach Innsbruck — beschäftigt die deutschen volkswirthschaftlichen Kreise vorzüglich deshalb, weil bekanntlich Oesterreich damit den Versuch macht, einen direkten Schienenweg mit Vermeidung Süddeutschlands nach der Schweiz und nach Frankreich zu gewinnen. Deutschland hat indessen ein Mittel in der Hand, die Folgen einer für die diesseitigen industriellen und kaufmännischen Kreise immerhin nicht unbedenklichen Verlegung dieser wichtigen Verkehrsstraße erheblich zu mindern, und mit Rücksicht auf die vielleicht bevorstehende Zolleinigung mit Oesterreich umgekehrt dem süddeutschen Markt ein Absatz- und Einfuhrweg durch Vermittelung der Schweiz zu schaffen. Es braucht nur ein längst für nothwendig erkanntes Glied der Bodensee-Gürtelbahn von Lindau nach Friedrichshafen endlich in Angriff genommen und vollendet zu werden, um hiermit jener außerdeutschen Transportlinie Innsbruck-Bludenz-Rorschach-Zürich oder Winterthur-Constanz die Gegenlinie von Stuttgart-Friedrichshafen-Lindau-Bludenz-Innsbruck gegenüber zu stellen, welcher bei Herstellung geeigneter Verbindungen zwischen der Schwarzwaldbahn und der Station Friedrichshafen eine noch wichtigere Linie Offenburg-Donaueschingen-Stockach-Friedrichshafen-Innsbruck u. s. w. an die Seite zu stellen wäre. Wenn man die Karte zur Hand nimmt und sich fragt, warum jenes Zwischenglied von Eisenbahnverbindungen noch nicht existirt, und warum man via Rorschach-Romanshorn-Constanz selbst den unmittelbarsten Verkehr Süddeutschlands mit Voralberg event. Oesterreich theilweise durch die Schweiz gehen läßt, so wird man über den eigentlichen Grund dieses Mangels mit Recht befremdet sein. Seit vielen Jahren nämlich ist das entsprechende Bahnstück, welches kaum 3 Meilen betragen würde, projektirt, Baiern und Württemberg aber können sich über den Punkt nicht einigen, an welchem anf ihren beiderseitigen Gebieten die Schienenstränge sich treffen sollen. Die Sache ist bis zum Ueberdruß in den beiderseitigen Landesvertretungen bereits verhandelt. Keiner von beiden Theilen hat nachgeben wollen und so ist das Ganze ins Ruhen gekommen. Die Vollendung der österreichischen Vorarlbergbahn jedoch läßt, wie wir hören, in München und Stuttgart die Wiederaufnahme der Verhandlungen als eine Pflicht der Selbsterhaltung erscheinen. Daß diese Bestrebungen im Reichseisenbahnamte thunlichst Unterstützung finden werden, bedarf kaum der Erwähnung.

L. **Breslau,** 3. Februar. [Der Gesundheitszustand in Oberschlesien.] In der letzten Sitzung ler hygienischen Sektion der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur nahm der Vorsitzende der Sektion Geh. Med.-Rath Prof. Dr. Biermer Gelegenheit, den in der Versammlung anwesenden Knappschaftsarzt Dr. Wagner-Königshütte über die epidemischen Vorkommnisse in Oberschlesien zu interpelliren. Er richtete dabei an Dr. Wagner folgende Fragen: 1. Wie steht es gegenwärtig mit dem Typhus in Oberschlesien? 2. Ist eine größere epidemische Ausbreitung des Typhus für Oberschlesien zu befürchten und wenn dieser Fall eintreten sollte, genügt dann die vorhandene Zahl der Aerzte und des Wärterpersonals oder dürfte im Fall der Noth von Breslau aus eine Unterstützung von ärztlichem Personal und Hilfsleistenden in Aussicht zu nehmen sein? Dr. Wagner beschränkte sich bei seinen Mittheilungen auf die ihm speziell genau bekannten Industriebezirke Oberschlesiens. In letzteren sei von dem Vorhandensein des Typhus keine Rede, der Gesundheitszustand sei vielmehr gegenwärtig ein verhältnißmäßig günstiger. Eine bedeutende Ausdehnung epidemischer Erscheinungen im Industriebezirke Oberschlesiens sei nach Lage der Verhältnisse nicht zu befürchten. Die Zahl der Aerzte sei dort durchaus hinreichend, um eine Unterstützung von Breslau nicht nothwendig erscheinen zu lassen. Auch in den ländlichen Distrikten Oberschlesiens seien die Aerzte keineswegs so dünn gesäet, als die Armuth der Bevölkerung dies vermuthen ließe. In seinem Schlußwort sprach der Vorsitzende Geh. Rath Biermer die Ueberzeugung aus, daß die Schilderung oberschlesischer Zustände aus den Nothjahren 1847/48 heut nicht mehr auf Oberschlesien passen würde. Er konstatirte, daß die Antworten des Dr. Wagner so beruhigend ausgefallen seien, daß die Sektion vorläufig keine Veranlassung habe, sich mit diesem Gegenstand weiter zu beschäftigen.

— **Vom Rhein** wird der „Freih.-Korrsp.“ geschrieben: „Fast fünf Wochen sind seit Einführung der Getreidezölle verstrichen und noch immer hat der Bundesrath keinen Beschluß darüber gefaßt, wie es mit der Rückvergütung des Getreidezolles beim Export von Mehl gehalten werden soll, noch immer schwebt der große deutsche Industriezweig der Müllerei, der in beinahe 60,000 Fabriken Hunderttausende von Menschen beschäftigt, in Ungewißheit darüber, was sein Schicksal unter der neuen Aera der Schutzzölle sein wird. Während ihm der Eisenindustrielle beim Einkauf und der Reparatur der Maschinen, der Kohlengrubenbesitzer bei dem Heizmaterial, der Staat durch den Getreidezoll und die allgemeine Vertheuerung der Lebensmittel mittelst Zöllen sowie durch die in Folge der neuen Tarifpolitik mit dem 1. März eintretende Erhöhung der Eisenbahn-Frachtsätze für Getreide von den Importhäfen die Produktion enorm vertheuert, weiß der deutsche Müller heute noch nicht, ob die Maßregeln des Bundesraths es ihm auch ferner ermöglichen werden, auf den Auslandsmärkten mit den fremden Müllern, die vom größten Theil der aufgeführten Hemmnisse verschont sind, in Konkurrenz zu treten, oder ob er das früher exportirte Quantum à tout prix im Inlande verwerthen und dadurch in manchen Gegenden Deutschlands die sich doch schon seit langen Jahren durchschnittlich schlecht rentirende Mühlenindustrie gänzlich herunter bringen muß. Im Mehlgeschäft nach dem Auslande, namentlich nach Holland und Belgien, ist eine vollständige Stockung eingetreten, denn man muß alle Anfragen von dort ablehnend beantworten, weil unter den obwaltenden Umständen z. Z. jede Kalkulation unmöglich ist. Die nicht durch eine Zollbarriere wie die deutsche in ihrer Freiheit beschränkten Mühlen auf dem Kontinent, sowie die amerikanisch-englische Konkurrenz machen sich diesen Umstand wacker zu Nutze, und wenn nicht bald eine Entscheidung getroffen wird, hat der deutsche Export, für die ersten Monate wenigstens, das Nachsehen. Wenn sich aber gar das mit großer Bestimmtheit auftretende Gerücht bewahrheiten sollte, daß der Bundesrath sich nicht mit dem Nachweis der gleichen Quantität begnügen, sondern auch den der Identität der Waare verlangen werde, wenn er also dem deutschen Müller sagt: Du hast zwar 100 Tonnen fremdes Korn verzollt, du bekommst aber nur dann für das entsprechende Ausbeutequantum von 70 Tonnen Mehl beim Export den Zoll zurück, wenn du den Nachweis führst, daß nur fremdes Korn dazu verwendet worden ist — so wird auch dann der Export nur in den seltensten Fällen mehr möglich sein. Man vergißt hier wieder, wie so oft bei den schutzzöllnerischen Beweisführungen, daß der Zoll nicht nur das fremde, sondern ebenso gut das inländische Getreide vertheuert, denn sonst könnte er ja nicht den Landwirthen die gewünschte Preiserhöhung bringen. Das ganz oder theilweise aus inländischem Korn gemahlene Mehl wird daher nach dem Auslande genau so exportunfähig sein wie das aus fremdem Korn hergestellte, abgesehen von der Schwierigkeit einer mißtrauischen amtlichen Kontrole und der schon dadurch verursachten Vertheuerung der Produktion. Auch würde diese Art der Handhabung eine neue Schädigung des Getreidegeschäfts der Ostseehäfen mit sich bringen, denn die namentlich für den Export arbeitenden hannoverschen, westfälischen und rheinischen Mühlen würden sich hüten, in Königsberg oder Danzig Getreide zu kaufen, auf das sie keine Zollvergütung beanspruchen könnten, sondern den Offerten des Auslandes für zollpflichtige Waare den Vorzug geben, die ja stets um den Zoll niedriger sein müssen, sobald sich nach Räumung der großen Inlandslager der Bedarfs-Import wieder einstellt.“

Frankreich.

Paris, 31. Januar. Der Bericht, in welchem der Minister de Freycinet weitere 100,000 Fr. für die Herstellung des Botschaftspalais in Berlin von der Deputirtenkammer verlangt, lautet wie folgt:

Mein Vorgänger hatte die Ehre, Ihnen letztes Jahr die Beweggründe auseinanderzusetzen, welche ihn nöthigten, für das Ministerium des Aeußern einen Kredit von 200,000 Fr. zu verlangen, der dazu bestimmt war, für die Restauration des französischen Botschaftspalais in Berlin Sorge zu tragen. Sie haben den dringlichen Charakter dieser Maßregel anerkannt und durch ein vom letzten 24. Mai veröffentlichtes Gesetz wurde Herr Waddington ermächtigt, für 1879 über eine Summe von 100,000 Fr. zu verfügen, welche die erste Annuität der in Rede stehenden Ausgabe ausmachte. Sofort von meinem Departement aufgefordert, die Arbeiten zu beginnen, stellte der französische Botschafter in Berlin fest, daß es vorerst unumgänglich nothwendig sei, die Erhaltung des Gebäudes zu sichern, dessen Dach durch die Strenge des vorherrschenden Winters ernstlich beschädigt worden war. In Folge dessen und obgleich in dem Gedanken des Ministers des Aeußern der für 1879 eröffnete Kredit für den Wiederaufbau des linken Flügels des Palais Karl bestimmt war, zögerte der Herr Graf de Saint Vallier nicht, vor Allem die Reparatur des Daches des Hauptgebäudes sowie die Restauration der Façade und die der Vorhalle vornehmen zu lassen, welche Restaurationen um so dringlicher waren, als die berliner Gemeindebehörde im Begriff stand, auf dem Pariser Platz, wo unser Palais liegt, Gesammtarbeiten vorzunehmen, bei denen uns zu betheiligen es unumgänglich nothwendig war. Mein Departement konnte einem so einsichtigen Auftreten nur seine vollständige Zustimmung geben, und es beeilte sich, die verschiedenen Rechnungen, welche unser Botschafter beim deutschen Hofe der Reihe nach mit den Belegstücken einsandte, zu bezahlen. Dieser diplomatische Agent hielt sich übrigens in den Grenzen des ihm für 1879 eröffneten Kredits, der aber heute vollständig erschöpft ist. Seit dem Beginn der Arbeiten machte der Herr Graf de Saint Vallier meinen Vorgänger darauf aufmerksam, daß es von besonderem Interesse sei, daß in dem

---

einen größeren Leserkreis nicht leicht auszuführen. Seit dem Anfange dieses Jahres hat aber die hiesige Station neue, nach dem zehntheiligen Maße eingetheilte Apparate erhalten, so daß die von der hiesigen Station veröffentlichten Beobachtungen mit denen der Seewarte in der Form übereinstimmen. Die letzten umfassen die des Morgens 8 Uhr von 30 Städten der Seewarte in Hamburg übermittelten Witterungstelegramme; sie zerfallen nach den Beobachtungsstationen in drei Gruppen. Die ersten sechs stammen aus dem nördlichen und östlichen Europa, die zweiten acht kommen aus Orten am atlantischen Ocean wie Cork und Brest und der Nord- und Ostseeküste und die letzten zehn aus Paris und dem südlichen und mittleren Deutschland; die Orte jeder Gruppe sind nach ihrer Lage von West nach Ost geordnet. Die Beobachtungen umfassen den Barometerstand, den Wind mit Angabe seiner Stärke, die Himmelsbedeckung und die Temperatur. Die Höhe der Quecksilbersäule im Barometer ist in Millimetern (mm.) angegeben, da dieselbe jedoch von der Temperatur des sie umgebenden Raumes abhängt, so wird sie so veröffentlicht, als ob sie bei ⁰ Grad abgelesen worden wäre und eine Korrektur angebracht, die im Winter etwa —1mm., im Sommer —2 mm. bis —3mm beträgt. Zur leichteren Vergleichung mit den gewöhnlichen in pariser Zollen eingetheilten Barometer, diene Folgendes. Der mittlere Barometerstand für Posen, in 82 m. Seehöhe, beträgt 27″ 11‴ 05 = 755,8 mm., ferner ist eine par. Linie fast genau gleich $2^1/_4$ mm., und somit

27″ 9‴ = 752,2 mm.
27″ 10‴ = 753,5 „
27″ 11‴ = 755,7 „
28″ 0‴ = 758,0 „
28″ 1‴ = 760,2 „
28″ 2‴ = 762,5 „
28″ 3‴ = 764,7 „

Außerdem sind die Barometerangaben der auswärtigen Stationen auf das Meeresniveau reduzirt; für diese Reduktion müßten zu den für Posen täglich veröffentlichten Barometerhöhen noch 7,6 mm. addirt werden. Die Stärke des Windes wird nach der sechstheiligen sogenannten Landscala und die Himmelsbedeckung nach der zehntheiligen Scala geschätzt, die Temperatur wird in Graden Celsius angegeben und zwar 5⁰ Celsius gleich 4⁰ Réaumur. An den täglichen telegraphischen Wetterberichten der hamburger Seewarte hat sich Posen, da die betreffenden Beobachtungen des Morgens um 8 Uhr, wo der hiesige Beobachter amtlich beschäftigt ist, angestellt werden mußten, bisher nicht betheiligen können. Dagegen sendet die hiesige Station namentlich ihre Mittagsbeobachtungen nach Washinton zu den internationalen meteorologischen Beobachtungen. Diese haben ihr umfangreiches Netz fast über die ganze zivilisirte Erde, namentlich auf der nördlichen Erdhälfte ausgebreitet: in demselben Zeitmoment treten 557 Beobachter jeden Tag an die meteorologischen Beobachtungsapparate heran, führen die Beoachtungen aus und schicken sie an das Zentralbüreau zu Washington, das dieselben ordnet, übersichtlich in Karten darstellt, aus den Wetterverhältnissen, die gleichzeitig auf der ganzen Erde stattfinden, die Wetterpergnose namentliche für die Vereinigten Staaten praktisch verwendet. Die Uhrzeit ist natürlich für die einzelnen Stationen eine verschiedene. So wird zu Washington um 7 U. 35 Min. Vorm. (V.) zu Honolulu (Sandwichs-J.) 2 U. 12 Min. Nachts, zu Mexiko 6 U. 7 Min. Vorm. (Vm.) zu Paramaribo (Guiana) 9 U. 2 Min. Vm., zu Lissabon 0 U. 6 Min. Nm., zu Greenwich 0 U. 43 Nm., zu Paris 0 U. 53 Min. Nm., zu Rom 1 U. 23 Min. Nm., zu Berlin 1 U. 37 Min. Nm., zu Posen 1 U. 57 Min. Nm., zu Stockholm 1 U. 55 Min. Nm., am Cap der guten Hoffnung um 1 U. 57 Min. Nm., in Athen um 2 U. 18 Min. Nm., in Konstantinopel um 2 U. 39 Min. Nm., in Petersburg um 2 U. 44 Min. Nm., in Calcutta um 6 U. 36 Min., in Zi-ka-wei (in der Nähe von Shangai) um 8 U. 49 Min. Nm., in Tokei (Yeddo) um 10 U. 2 Min. und in Melbourne um 10 U. 23 Min. Nachts beobachtet.

Den größten Beitrag liefern die Vereinigten Staaten mit 161 Landstationen und einer bedeutenden Anzahl von Seestationen, Frankreich mit 54, Algerien mit 10, Großbritannien mit 52, Deutschland mit 22, Oesterreich mit 12, Rußland mit 23, die Türkei mit 4, Vorder- und Hinterindien mit 18 und Japan mit 4 Stationen. Sämmtliche Beobachtungen werden, was auf andern Gebieten bisher vergeblich erstrebt worden ist, in einer internationalen, den Beobachtern jeder Zunge verstänlichen Chiffer-Sprache mitgetheilt. So giebt z. B. ein Pfeil die Richtung des Windes, die Anzahl seiner Federn die Stärke desselben an.

Barometer und Thermometer nach dem zehntheiligen Maßsystem haben unter den preußischen Stationen seit dem 1. Januar d. J. außer Posen nur noch Berlin, Breslau, Crefeld Cassel, Stationen, von welchen allein sämmtliche Einzel-Beobachtungen für die Jahre 1876 und 1877 in den „Meteorologischen Beobachtungen in Deutschland“ Leipzig 1878 und 1879 veröffentlicht worden sind. Es ist somit ein erster Schritt gethan, um das bei uns jetzt geltende Metermaß auch für die meteorologische Mittheilungen einzuführen, und es ist höchst wahrscheinlich, daß bald die Barometer mit der Eintheilung nach pariser Zollen und Thermometer mit der Réaumur'schen Skala auch im Privatgebrauch verschwinden werden.

An die täglich erscheinenden telegraphischen Berichte der Seewarte schließt sich eine Wetter-Prognose an, die weil sie für ganz Deutschland gilt oder doch nur nach Küsten- und Binnenland oder Westen und Osten sich gliedert, nothwendig allgemein gehalten werden muß. Die vielfach verwickelten orographischen Verhältnisse Deutschlands haben zu der Idee geführt, die allgemeine Wetterprognose nach verschiedenen klimatischen Distrikten zu spezialisiren und eine Anzahl Lokalzentren einzurichten, von welchen die Prognosen für das ganze Jahr ausgehen und mindestens für die der Land- und Forstwirthschaft wichtigen Perioden des Jahres weiter verbreitet werden sollten. Um diese Idee zu verwirklichen fand schon im Jahre 1876 eine Konferenz zwischen dem Direktor der Seewarte und dem Landesökonomierath Dr. Thiel, als Vertreter des landwirthschaftlichen Ministeriums statt; jedoch kamen die Resultate dieser Verhandlungen bisher nicht zur Ausführung. Nur in Hannover ist vom Professor Klinkerfues, in Leipzig vom Professor Bruhns, in Stuttgart vom Professor Schoder und in Mittelfranken von Hrn. v. Bebber nach besondern mit der Seewarte getroffenen Uebereinkünften ein System für Wetterprognose für je einen Tag organisirt worden. Der Erfolg kann als ein höchst günstiger bezeichnet werden, denn die ausgegebenen Prognosen wiesen 80 pCt. bis 90 pCt. Treffer nach, und zwar die meisten gerade in den für die Landwirthschaft wichtigsten Ernte-Monaten (Juni bis September.) Es möchte deßhalb für die Landwirthe unserer Provinz wohl zu erwägen sein, ob sie der Wetterprognose nicht auch ihre Aufmerksamkeit zuwenden und zu einer dieselbe fördernden Vereinigung zusammentreten wollen.

seiner Fürsorge anvertrauten Werke keine Unterbrechung eintrete. Es liegt in der That die volle Nothwendigkeit vor, daß der Wiederaufbau des linken Flügels des Palais anfangs nächsten Monats März auf solche Weise begonnen werde, daß er vor Beginn des nächsten Winters beendet sein kann. Es handelt sich, Sie werden sich, meine Herren, dessen erinnern, darum, diesen Theil des Palais, die Fundamente mit einbegriffen, vollständig neu zu bauen, und dieses in einem Lande, wo das Klima erheischt, daß das rohe Mauerwerk im Frühjahr hergestellt wird, damit es in der schönen Jahreszeit, welche schon im Monat September zu Ende geht, trocknen und sich befestigen kann. Nach der Ansicht des Architekten würde man das Resultat des Unternehmens arg gefährden, wenn man diese Vorsichtsmaßregeln nicht beobachten würde.

Paris, 2. Februar. [Unbändige Heiterkeit erregt hier das neue preußische Feld- und Forstpolizeigesetz.] Als sich hier zuerst in Folge von Artikeln der „Kölnischen Zeitung" die Aufmerksamkeit auf die Sache lenkte, glaubte man, das rheinische Blatt habe sich einen Fastnachtsscherz erlaubt; seit man aber weiß, daß dies nicht der Fall, daß vielmehr der Gesetzentwurf in der Fassung der Regierungsvorlage und mit den Zusätzen der Junker wirklich die Gestalt hat, welche ihm beigelegt war, fallen Worte, die in Deutschland wiederzugeben nicht rathsam wäre. Ein französischer Diplomat, der des Deutschen mächtig ist, meinte: „So etwas kann man nur dem deutschen Michel bieten; nur wundert es mich, daß man ein Volk, das vor sieben Jahren Gut und Blut für sein Vaterland so muthig einsetzte, auf so schnöde Weise zu behandeln wagt." Hier in Frankreich würde natürlich ein Feld- und Forstpolizeigesetz nicht möglich sein, da aus gegründeter Besorgniß, daß ihm sehr übel mitgespielt werden könnte, sich niemand zu dessen Ausführung hergeben würde. [Der Verlauf der dritten Lesung mit ihrer Abschwächung der schlimmsten Verbote war in Paris noch nicht bekannt, als diese Urtheile laut wurden.]

Großbritannien und Irland.

London, 31. Januar. [Nordpol-Expeditions-Fragen.] Am 28. d. Nachmittag fand im Mansion House unter dem Vorsitz des Lord Mayors ein öffentliches Meeting statt, behufs Prüfung der Frage, in wie weit London sich an der Bewegung zu Gunsten einer wissenschaftlichen Erforschung und Entdeckung des Nordpols betheiligen sollte. Nach einigen einleitenden Worten des Lord Mayors beantragte Kapitän Pim, daß dieses Meeting der Ansicht ist, daß angesichts der unbestrittenen Nothwendigkeit, die britische Suprematie auf dem Meere aufrecht zu erhalten, es der Nation obliegt, das maritime Unternehmen auf jede mögliche Weise zu ermuthigen und daß der wahrhaft nationale Zweck, die britische Flagge am Nordpol aufzuhissen, jeder Unterstützung und Hülfe werth ist. Jeder Engländer vom echten Schlag werde den patriotischen Appell, welcher in dieser Resolution liege, verstehen. Die Scharte der letzten verunglückten Expedition müsse ausgewetzt werden, deren Führer hätten ihre Strafen als Belohnungen verdient. Es sei von der höchsten Wichtigkeit, die britische Suprematie zur See aufrecht zu erhalten. In früheren Zeiten habe das Land seine Bewohner ernährt; heute beziehe es zwei Drittel seiner Lebensmittel vom Auslande. Aus San Francisko allein habe England in einem Jahre eine Million Tonnen Getreide bezogen; die Entfernung von dort betrage 16,000 Meilen, um diesen Weg offen zu halten, müsse England seine Suprematie bewahren. Kommandeur Cheyne sei der rechte Mann, die Expedition an den Nordpol zu führen. Luftballons sollten nur auxiliarisch zur Verwendung kommen; das größere Vertrauen müsse man in den männlichen Entschluß von Engländern in Schlitten setzen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Kommandeur Cheyne hielt eine längere Ansprache, in welcher er erklärte, daß England wegen der früheren verunglückten Expeditionen sich noch nicht für besiegt halte. Andere Nationen seien im Begriff, die britischen Erfahrungen sich zu Nutz zu machen. England dürfe nicht zugeben, daß es überholt werde. Es handle sich um keine feindlichen Expeditionen, wo Menschenleben auf's Spiel gesetzt würden, sondern um die friedliche Annexion eines Territoriums, welches bislang im unbestrittenen Besitze des Eisbären gewesen sei.

Rußland und Polen.

[Zur Entdeckung der geheimen nihilistischen Zeitung.] Aus St. Petersburg, 31. Januar, schreibt man der „Nat. Ztg.": Endlich ist der Regierung ein Hauptschlag gegen die Verschwörung, die sie seit langer Zeit in Athem erhält, gelungen, ein Schlag, von dem sich die Verschwörer wahrscheinlich sobald nicht wieder erholen werden. Bekanntlich waren es, neben den Attentaten, vor Allem die geheimen Zeitungen, erst „Semlja i Wolja" („Land und Wille") und „Narodnja Wolja" („Der Wille des Volkes"), welche das Publikum, dem sie oft unter harmloser Emballage zugeschickt wurden, besonders aufregten. Schon der Umstand, daß seit Monaten der Sitz der Druckerei, wo diese Zeitungen hergestellt wurden, von der Polizei vergeblich gesucht wurde, genügte, um Polizei und Regierung in die größten Verlegenheiten zu setzen; und daß sie diesen Haupthebel der Unzufriedenheit jetzt beseitigt haben, gereicht ihnen zum größten Vortheil. Schon gestern durchliefen die Stadt Gerüchte, wonach in der Nacht zuvor in einem der vornehmsten Stadttheile, dem der Liteinaja, die Druckerei der genannten Zeitung entdeckt und aufgehoben, wie, daß es dabei zu einem förmlichen Gefecht gekommen sei, das sich bis auf die Straße fortgepflanzt habe; daß der Widerstand durch ein Kommando berittener Gendarmen niedergeworfen sei, daß mehrere Personen gefallen und dergleichen mehr, doch war dabei Manches widersprechend. Jetzt bringt mit dankenswerther Schnelligkeit der offizielle „Prawitelstwennij Westnik" selbst den authentischen Bericht, durch welchen das Resultat des Kampfes bestätigt, die Nachrichten über Einzelheiten desselben, die natürlich etwas übertrieben waren, berichtigt werden. Danach ist der Verlauf folgender gewesen: Die Polizei, im Begriff in der Nacht vom 29. zum 30. Januar eine Haussuchung in der Sappernaja, einer Nebenstraße der Liteinaja, Haus Nr. 10, 9 vorzunehmen, fand sämmtliche Eingänge des Hauses verschlossen. Als man sie aufbrach, fiel ein Schuß, der aber Niemanden verwundete. Als sodann von der durch ein Kommando Gendarmen verstärkten Polizei die Treppe gestürmt wurde, wurden die Eindringenden durch ein lebhaftes Feuer von oben herab und seitwärts durch ein Fenster empfangen. Verwundet aber wurde allein der Polizeioffizier des Stadttheils und zwar nur leicht an der Hand, als man in das Zimmer eindrang. Hier fand man fünf Personen vor, drei Männer und zwei Frauen, von denen es einem Manne gelang, sich durch einen Pistolenschuß ins Gehirn sofort zu tödten, während die anderen, deren Namen inzwischen aus naheliegenden Gründen nicht genannt werden, gefangen genommen wurden. Sofort ersah man, daß der Fang ein außerordentlicher war. Man fand eine vollständige Druckerei, mit Lettern und Maschinen und dabei eine sehr namhafte Anzahl von Nummern der „Narodnja Wolja", die soeben fertig gestellt waren; ferner falsche Stempel und Dokumente. Gifte und Explosionsstoffe nebst den nöthigen Apparaten. Kurz, es war ein vollständig ausgerüstetes Verschwörernest, welches ausgehoben ward. Die Hauptfrage dabei ist natürlich, ob man hier die Hauptführer der Verschwörung selbst gefangen hat, oder doch solche Verschworene, die mit ihnen in so engem Zusammenhang stehen, daß auch jene nicht länger verborgen bleiben können; ob also die ganze Verschwörung als erstickt anzusehen wäre, oder ob es auch hier nur untergeordnete Gehilfen waren, deren man sich versichern konnte, und die Gefahr demnach noch fortdauert. Darüber kann natürlich jetzt noch Niemand Aufschluß geben; es genügt aber vorläufig, daß in jedem Falle durch die Aufhebung dieser geheimen Zeitung der öffentlichen Ruhe ein großer Dienst erwiesen worden ist.

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung".

↗ **Berlin,** 4. Februar, 5 Uhr Abends.

[Abgeordnetenhaus.] Zweite Berathung des Gesetzentwurfs über den Erwerb der Rheinischen und der Potsdamer Bahn. Im Laufe der Debatte erklärte der Finanzminister gegenüber den Aeußerungen einiger Redner, die Regierung werde bei Kündigung der Prioritätsobligationen vorsichtig zu Werke gehen und die allgemeinen Verhältnisse im Zusammenhang mit dem Geldmarkte berücksichtigen. Betreffs Aufstellung eines Planes für die Konvertirung könne er die in der Kommission ausgesprochenen Bedenken nur wiederholen. Die Aufstellung eines solchen Planes würde nur zur Folge haben, daß die Spekulation die Operationen für ihre Zwecke ausbeutete. Die Regierung würde dabei schlechte Geschäfte machen, und die Prioritäteninhaber würden einen erheblichen Zoll an die Börse zu entrichten haben. Was den ungewöhnlich hohen Konsolscours betreffe, so sei die Steigerung wohl erklärlich; sie sei entsprungen aus der starken Nachfrage, welche nicht befriedigt werden konnte; der Cours habe noch keine schwindelhafte Höhe erreicht.

Das Abgeordnetenhaus genehmigte im Fortgang der Sitzung den Erwerb der Rheinischen Bahn mit 223 gegen 144 Stimmen, den Erwerb der Potsdam-Magdeburger Bahn gleichfalls mit großer Majorität, und nahm die übrigen Paragraphen des Gesetzentwurfs unverändert an. Die Vorlage über den Erwerb der Hessischen und eines Theils der Main-Weser-Bahn wurde in erster Lesung an die Eisenbahnkommission verwiesen.

[Die Verwaltungsgesetzkommission] beendete die erste Lesung des Behördenorganisationsgesetzes; sie lehnte den Schluß der Uebergangsbestimmungen ab und nahm den Antrag Bennigsens an, wonach das Behördenorganisationsgesetz und die übrigen in dieser Session gemachten Verwaltungsreformvorlagen erst nach Einführung der Kreis- und Provinzialordnung in Posen, Rheinland, Westphalen, Hessen-Nassau, Hannover und Schleswig-Holstein zur Geltung gelangen sollen. Der Minister hatte den Antrag Bennigsens lebhaft bekämpft.

[General v. Pape], der zum kommandirenden General des V. Armeekorps ernannt ist, wurde heute vom Kaiser empfangen.

München, 4. Februar. [Die zweite Kammer] nahm den Gesetzentwurf über die Ergänzung des Polizeistrafgesetzbuchs, betreffend das Spielen in ausländischen Lotterien, in erster Lesung an. Bei Fortsetzung der Etatsberathung beantragte der Ausschuß, bei den Ausgaben für Reichszwecke i. J. 1880/81 anstatt des veranschlagten Matrikularbeitrags von 16,300,000 M. nur 16 Millionen M. zu bewilligen. Daller beantragte, den König zu bitten, daß er die Bundesrathsvorlage über die Ergänzung des Reichsmilitärgesetzes, insoweit dadurch das Septennat erneuert und die Mililärlast vergrößert werde, seine Zustimmung im Bundesrathe nicht ertheile. Der Präsident erklärte, er werde den Antrag in den nächsten Tagen zur Berathung auf die Tagesordnung setzen. Jörg, beantragte, die ganze Etatpost von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, damit dieselbe zugleich mit dem Antrage Daller berathen werde. Der Antrag Jörg wurde angenommen.

Der Kapitän Batsch ist zum Vizeadmiral ernannt und zugleich geadelt worden.

Locales und Provinzielles.

Posen, 4. Februar.

r. [General Graf Kirchbach], welcher, wie schon im heutigen Mittagblatt mitgetheilt, den erbetenen Abschied unter Erhebung in den Grafenstand erhalten hat, begab sich heute Mittag in Begleitung der Offiziere des Generalstabs des V. Armeekorps zur Wachtparade auf den Wilhelmsplatz und nahm dort von den gesammten Stabsoffizieren der hiesigen Garnison, sewie von den Offizieren des 1. Niederschlesischen Infanterie-Regiments Nr. 46, dessen Chef bekanntlich der General ist, mit bewegten Worten Abschied.

‡ **Personal-Veränderungen im V. Armee-Korps.** v. Kirchbach, General der Infanterie und kommandirender General des V. Armee-Korps, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches, unter Erhebung in den Grafenstand, sowie unter Belassung in seinem Verhältniß als Chef des 1. Niederschlesischen Infanterie-Regiments Nr. 46 und der aktiven Dienstzeichen, mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt. von Pape, General-Lieutenant und Kommandeur der 1. Garde-Infanterie-Division, unter Beförderung zum General der Infanterie, zum kommandirenden General des V. Armee-Korps ernannt. von Alvensleben, General-Major, beauftragt mit der Führung der 10. Division, unter Beförderung zum General-Lieutenant, zum Kommandeur dieser Division ernannt. von Rohrscheidt, Sek.-Lieut. vom 4. Magdeb. Inf.-Regt. Nr. 51, zur Dienstleistung bei dem Pos. Ulanen-Regt. Nr. 10 kommandirt.

— **Ein Schreiben des Kardinals Hosius — vor preußischen Gerichten.** Wie wir bereits mittheilten, ist das Kaplansblatt „Pielgrzym" in Pelplin (Westpreußen) wegen Schmähung der evangelischen Kirche angeklagt worden. Der Grund davon ist, daß das ultramontane Organ einen Brief des Kardinals Hosius (Bischof von Ermeland) vom 25. Oktober 1570 abgedruckt hat, in welchem Briefe der Kardinal (welcher bekanntlich die Republik Polen durch die segensreiche Institution der Jesuiten „beglückt" hat), die Herzogin von Braunschweig, eine Tochter des Königs Sigismund I. von Polen, vor der „lutherischen Ketzerei" warnt. — In dem Briefe heißt es, daß die Herzogin um sich viele fanatische Meister hat, welche sich darum bemühen, wie sie die Herzogin vom Herrn Christus abwendig machen und dem Eislebenschen Antichrist (dem Luther) anhänglich machen könnten. — Dem Reformatoren wird vorgeworfen, daß ihre Bibelauslegung nicht Gottes Wort, sondern das Wort des Satan ist. — „Der Mönch pp., der Keuschheit schwur pp., den Schwur aber nicht hielt, dieser verdammte Mensch wolle, daß man das Tugend und einen ehrbaren Ehestand nennen solle." — „Ich habe nicht wenig von seinen (Luthers) und seiner anderen Anhänger Schriften gelesen; aber solche gemeine und unflätige Ketzerei war, so weit ich weiß, noch niemals in der Welt pp. — Vor dieser Konfession müssen sich Ew. Königliche Hoheit wie vor dem Satan hüten, pp. aber Sie werden nicht Jesum Christum und seine Kirche verläugnen und zu dem Eislebener Antichrist übertreten. pp. — Dem frommen pelpliner „Pielgrzym" waren diese Schmähungen selbstverständlich ganz aus dem Herzen geschrieben, während die ultramontane Presse andererseits nicht genug Zeter schreien kann, sobald einmal irgend ein liberales Blatt eine abfällige Bemerkung über das Treiben der ultramontanen Geistlichkeit macht.

r. **Im Stadttheater** kommt am Freitage zum Benefiz des beliebten Komikers Herrn Ascher der „Verschwender", die alte volksthümliche Zauberposse von Raimund, zur Aufführung. Es bedarf wohl nur eines Hinweises, um dem um unsere Bühne verdienten Darsteller ein gutes Haus zu sichern, zumal die Ausstattung in diesem Stücke eine sehr schöne und effektreiche sein wird.

r. **Schüler-Vorstellung im Marien-Gymnasium.** Im königlichen Marien-Gymnasium findet am nächsten Sonnabend eine musikalisch-deklamatorische Abendunterhaltug statt, deren Ertrag zum Besten der nothleidenden Oberschlesier bestimmt ist. Es kommt dabei unter Anderem „Wallensteins Lager" mit Anwendung von Kostümen zur Aufführung. Hoffentlich wird der Besuch im Interesse des edlen, mildthätigen Zweckes ein recht zahlreicher sein.

r. **Polnischer Carneval.** Im Bazar finden heute und an den nächsten Tagen wieder mehrere polnische Bälle statt: heute zum Besten des Vereins für die lernende weibliche Jugend; am 5. und 7. d. M. zwei Bälle zum Besten der Armen; am 9. d. M. ein Ball der hiesigen polnischen adligen Ressource; außerdem findet am 6. d. M. ein Konzert der Sängerin Frau Slugowska statt.

— **Zur Theater-Demonstration der polnischen Gymnasial-Jugend in Warschau.** Um die in der polnischen Bevölkerung Warschau's noch fortdauernde Aufregung wegen der harten Bestrafung der Gymnasialschüler, welche an der der Schauspielerin Frau Modrzejawska dargebrachten Ovation betheiligt waren und von denen sich einer erschoß, einigermaßen zu beschwichtigen, hat der General-Gouverneur Graf Kotzebue die Revision des gegen jene Schüler in Anwendung gebrachten Disziplinarverfahrens angeordnet. Diese Revision ist einer besonderen Kommission, die überwiegend aus polnischen Mitgliedern besteht, übertragen.

r. **In Angelegenheit der Pferdebahn,** welche innerhalb Posen eingerichtet werden und bis zum Zentralbahnhofe führen soll, fand am 3. d. M., nachdem der Magistrat bereits die Bedingungen, unter denen er mit der Errichtung der Pferdebahn einverstanden sei, mitgetheilt hatte, auf dem Polizeidirektorium eine Konferenz statt, an welcher die Vertreter der Festungsbaubehörde, der königlichen Eisenbahnkommission und des Gemeindevorstandes zu Jerzyce Theil nahmen. Die Konferenz endete mit der Erklärung der genannten Vertreter, daß sie der Anlegung der projektirten Pferdebahn nicht entgegentreten würden, wenn vom Unternehmer eine Sicherheit dafür gewährt werde, daß den betr. Behörden durch die projektirte Anlage Schaden oder Lasten nicht erwachsen werden. Unter ähnlichen Bedingungen haben bekanntlich auch Magistrat und Stadtverordnetenversammlung der Stadt Posen sich zur Hergabe des für die Bahn erforderlichen Straßenterrains bereit erklärt.

Geldgeschenk an Invaliden. Aus den am 1. Januar d. J. fällig gewordenen Zinsen der bei Gelegenheit der 50jährigen Dienst-Jubelfeier Sr. Maj. des Königs gegründeten Stiftung für unbemittelte Inhaber des Eisernen Kreuzes, vom Feldwebel abwärts, ist, nachdem Se. Majestät auf den Vorschlag des Kriegs-Ministeriums 32 Invaliden zum Empfange einer Unterstützung ausersehen hat, jedem derselben durch Vermittelung der General-Kommandos ein Geldgeschenk von 60 Mark zugewendet worden. Unter den Beschenkten befinden sich auch drei Invaliden aus der Provinz Posen, nämlich: Karl Jocks zu Gnesen, Johann Wilhelm Hübner zu Posen und Georg Mackowiak zu Czerleino, Kreis Schroda.

§ **Wreschen,** 1. Februar. [Revolte. Versetzung. Silberne Hochzeitsfeier. Kontrolversammlung.] Ein bedauernswerther Vorfall, der in den weitesten Kreisen Verbreitung verdient, ereignete sich am vorigen Sonntag zu Gosdowo-Mühle. Der Besitzer dieses Gutes, Herr C., hatte am Morgen seine Leute mit Getreide nach der Stadt gesendet. Nachdem dieselben nun hier und auch wohl unterwegs in mehreren Wirthshäusern sich einen Rausch angetrunken, kamen sie ziemlich spät mit den Fuhrwerken nach Hause an. Hier wurden sie von dem Vogt wegen ihres langen Ausbleibens zur Rede gestellt und die Vorwürfe, welche über sie ergingen, wurden damit erwidert, daß sie den Vogt auf die gröblichste Weise mißhandelten. Hierauf erschien der Gutsherr selbst und wollte die erregten Gemüther besänftigen, doch auch dieser war gezwungen, sich eiligst in das Haus zurückzuziehen und die Thüren zu schließen. Die Arbeitsleute drangen nun mit Prügeln und Spaten bewaffnet in das Haus, schlugen fast sämmtliche Thüren und Fenster ein und wollten dem bedrängten Besitzer zu Leibe gehen. Dieser, nachdem er selbst mehrere Verwundungen davongetragen, ergriff in seiner Angst einen Revolver und feuerte ihn gegen die Angreifer, dadurch gelang es ihm, sich die Rotte so lange fern zu halten, bis der inzwischen benachrichtigte, in Galezewo stationirte Gensdarm Fristacki erschien und die frechen Eindringlinge zurückzudrängen versuchte. Fast zu gleicher Zeit erschienen auch die hiesigen Gensdarmen Kattner und Böttcher, brachten die Leute zur Ruhe und nahmen einen der Rädelsführer sofort gefangen, während ein anderer in Folge Verwundung noch krank darnieder liegt. Die Untersuchung ist eingeleitet. — Der Bahnhofs-Vorsteher Gottwald hierselbst ist vom 15. Februar ab nach Krotoschin versetzt; an dessen Stelle tritt der Bahnhofs-Vorsteher Maguhn aus Krotoschin. — Am 29. v. Mts. feierten die Gensdarm Kattner'schen Eheleute das Fest der silbernen Hochzeit. Am frühen Morgen wurden dieselben durch ein Ständchen überrascht und im Laufe des Tages erhielten sie, außer den vielen Glückwünschen von nah und fern, von den Gensdarmen des hiesigen Kreises ein ansehnliches Hochzeitsgeschenk. — Die Frühjahrs-Kontrolversammlungen werden im hiesigen Kreise an folgenden Tagen abgehalten werden: Wreschen und Strzalkowo am 30. März; Sokolnik und Kolaczkowo am 31. März; Miloslaw und Zerkow am 1. April.

□ **Meseritz,** 3. Febr. [Schwurgericht. — Theater. — Kollekte.] Heut hat hierselbst unter Vorsitz des Herrn Landgerichtsraths Schuster von hier die erste diesjährige Schwurgerichtssaison begonnen, welche diesmal nur 5 Tage in Anspruch nehmen wird. — Seit dem 30. v. M. weilt hier die Wagner'sche Schauspielertruppe und giebt im Schützensaale täglich Vorstellungen. Die Leistungen der Gesellschaft sind recht gute und wünschen wir ihnen daher auch den besten Erfolg. — Der Ertrag der in hiesiger Stadt zum Besten der nothleidenden Oberschlesier in voriger Woche abgehaltenen Hauskollekte belief sich auf über 800 M. Voraussichtlich wird auch die noch nicht beendete Sammlung im Kreise ein recht erfreuliches Resultat ergeben, so daß nach ungefährer Berechnung unter Hinzunahme des Ertrages der kürzlich hier veranstalteten Theater-Vorstellung wohl eine Summe von 3000 Mk. zur Absendung nach Oberschlesien gelangen wird. Hin und wieder hört man jedoch bereits Klagen darüber laut werden, daß durch diese Opferwilligkeit die Sorge für Linderung der sich auch hier schon vielseitig recht fühlbar machenden Noth der Armen hintenangesetzt wird.

△ **Schneidemühl,** 3. Februar. [Brandstiftung. — Abiturientenexamen. — Durchreise der Kaiserin von Rußland.] Bei dem Brande, welcher hier im „Schwarzen Adler" stattfand, liegt der Verdacht vorsätzlicher Brandstiftung vor. Man ermittelte Strohstreifen, Kiehn, Petroleum 2c. In Folge dessen wurde eine Einwohnerin verhaftet. Die Untersuchung muß den Thatbestand feststellen. — Am 9. Februar beginnt auf unserem Gymnasium das Abiturientenexamen. Es haben sich zu demselben 5 Abiturienten gemeldet. — Ihre Majestät die Kaiserin von Rußland kam hier in der verwichenen Nacht 2 Uhr 18 Min. auf ihrer Reise von Berlin nach Wirballen durch. Der Zug verweilte hier ca. 8 Minuten.

△ **Mogilno,** 3. Febr. [Theater.] Am Sonntag den 1. d. M. fand bei uns eine Theater-Vorstellung in Bethke's Hotel statt. Die polnische Jugend hatte ein Liebhaber-Theater arrangirt und die Vorstellung erfreute sich eines vollen Hauses. Die gegebenen Stücke waren gut eingeübt und das Spiel war recht anerkennenswerth.

△ **Wongrowitz,** 2. Febr. [Kreistag. Abiturienprüfung. Verbrannt. Ball.] Am 28. Februar findet im Ziemer'schen Saale hierselbst der erste diesjährige Kreistag statt. — An der diesjährigen Abiturientenprüfung nehmen vier Oberprimaner und ein Extraneer Theil. Die schriftlichen Arbeiten haben bereits in vergangener Woche stattgefunden und wird die mündliche Prüfung unter dem Vorsitz des k. Provinzial-Schulraths Tschackert aus Posen abgehalten werden. — Auf dem von hier ca. 4 Kilometer entfernten Domänen-Vorwerke Neuhausen ereignete sich vor Kurzem ein recht beklagenswerther Unglücksfall. Die L.'schen Eheleute begaben sich morgens gegen 8 Uhr zur Arbeit und ließen ihr einziges zwei Jahr altes Kind unbeaufsichtigt zurück. Als sie zurückkehrten, fanden sie, daß ihr Kind heftig schrie und die Stube voll Rauch vor. Das Kind hatte sich dem Ofen genähert und seine Kleider hatten Feuer gefangen! Obgleich ärztliche Hilfe herbeigeholt wurde, starb dasselbe nach Verlauf von ca. 8 Stunden. — Am 31. fand hier ein vom landwirthschaftlichen Verein des Kreises Wongrowitz veranstalteter Ball im Ziemer'schen Hotel statt, welcher sehr zahlreich besucht war.

+ **Inowrazlaw,** 2. Febr. [Zvilstandsakte. Verbot der Ofenklappen. Verein gegen Verarmung und Hausbettelei. Suppenanstalt.] Bei dem Standesamt für die Stadt Inowrazlaw sind im abgelaufenen Jahre folgende Akte zur Eintragung gekommen. Es fanden statt: 1. Geburten 541 und zwar 489 eheliche, 52 uneheliche. Von den ersteren sind 247 männlichen, 242 weiblichen Geschlechts. 140 sind evangelisch, 283 katholisch, 63 jüdisch, 3 lutherisch, 1 baptistisch. Von den unehelichen Kindern waren 30 männlich, 22 weiblich, 16 evangelisch, 32 katholisch, 4 jüdisch. 2. Sterbefälle: 386 und zwar starben 216 männl., 170 weibl. Personen. Hiervon waren 74 evangelisch, 206 kathol., 44 jüdisch, 1 luth., 1 bapt. Von den geborenen 52 unehelichten Kindern starben 50, davon waren 33 männl., 17 weibl. Todtgeboren wurden 6 Knaben, 4 Mädchen. 3. Eheschließungen: 90. Getraut wurden: 26 evangel., 43 kathol., 13 jüdische Paare. Mischehen fanden 8 statt. Bei 12 Paaren war der Mann Wittwer, bei 8 Paaren die Frau Wittwe. — Da auch in der hiesigen Stadt sich seit Einführung der Steinkohlenheizung wiederholt Fälle von Kohlendunstbetäubung oder Vergiftung vorgekommen sind, so hat die hiesige Polizeiverwaltung Veranlassung genommen, sämmtliche Ofenklappen in der Stadt zu verbieten. Dieselben müssen innerhalb 3 Monaten überall abgeschafft sein. — Der hiesige jüdische Verein gegen Verarmung und Hausbettelei hielt vor einigen Tagen eine General-Versammlung ab. In derselben wurden u. a. zu Vorstehern des Vereins gewählt: die Kaufleute N. Szkólny, J. Salomonsohn, Rechtsanwalt Fromm. Der Verein hatte im vorigen Jahre an Einnahmen 3965 Mark und schloß mit einem Bestande von 181 M., außerdem hatte derselbe bei der Kirchenkasse einen Reservefonds von 2269,37 M. angelegt. In der Versammlung wurde ferner auf Antrag des Kaufmanns J. Jacobsohn beschlossen, eine Arbeitsstube einzurichten, in welcher arbeitslose arbeitsfähige Arme zu jeder Zeit Arbeit finden können. Kaufmann J. Abrahamsohn erbot sich zu diesem Zweck eine Stube unentgeltlich herzugeben. — Zum Besten der hiesigen Suppenanstalt soll nächstens eine Hauskollekte veranstaltet werden, um derselben weitere Mittel zuzuführen. In der Anstalt werden täglich ca. 100 Kinder zu Mittag beköstigt.

Landwirthschaftliches.

z. **Schwerin a. W.,** 31. Januar. [Landwirthschaftlicher Verein.] Die am 29. d. Mts. im Leutke'schen Saale stattgehabte Sitzung des hiesigen landwirthschaftlichen Vereins war recht zahlreich besucht. Der Vorsitzende, Herr Seydel-Goray, eröffnete die Versammlung mit einigen geschäftlichen Mittheilungen, demnächst folgte die Verlesung des Protokolls der letzten Vereinssitzung. Im Anschluß hieran theilte Herr Hecker-Althöfchen, auf Grund persönlicher Information in Posen, mit, daß für den in Posen stattfindenden Saatenmarkt bereits sehr zahlreiche Anmeldungen aus allen Theilen der Provinz eingegangen seien und auch recht viele Käufer erwartet werden. Herr Hecker empfahl darum dringend die Betheiligung an diesem gemeinnützigen Unternehmen durch Einschicken geeigneter Sämereien in Probebeuteln und durch Besuchen des Marktes. Es biete sich hierdurch nicht nur Gelegenheit, die eigenen Sämereien bestmöglichst zu verwerthen, sondern auch zum direkten Austausch resp. Einkauf von Sämereien, die zugleich vor den von auswärts bezogenen Früchten den Vorzug hätten, daß sie bereits in unseren Gegenden akklimatisirt seien. Desgleichen machte der Vortragende darauf aufmerksam, ob es sich nicht empfehlen würde, auf den jährlichen Ausstellungen von Pferden und Rindvieh auch die besten Sortimente von Butter und Käse zu prämiiren, um den bäuerlichen Milchbetrieb zu fördern und zu heben, jedoch mit der ausdrücklichen Bedingung, daß der Prämiirte seine Bereitungsweise mittheile. Der Vorschlag fand allgemeinen Anklang und wurde bei der Besprechung des Gegenstandes besonders hervorgehoben, daß es hauptsächlich darauf ankäme, auch für den kleinen Landwirth ein Verfahren zu finden, die süße Milch ohne viele Apparate gleich zu Butter und Käse zu verarbeiten, und daß andere Provinzen mit höherer landwirthschaftlicher Kultur, wie Holstein, Westfalen u. s. w. hierin bereits bedeutende Fortschritte gemacht hätten, anderseits die Molkerei allzusehr von dem Einen oder Andern mit einer gewissen Geheimnißkrämerei betrieben werde. Diese Berathung gab die Anregung dazu, dem Wanderlehrer Herrn Pflücker für seinen am 26. Februar d. J. im hiesigen landwirthschaftlichen Verein zu haltenden Vortrag ein diesbezügliches Thema zu stellen, jedoch nur in Rücksicht auf einfache Fütterung und die einfachen, beschränkten Verhältnisse der kleinen Landwirthschaft. Das aufgestellte Thema lautet demnach: „Wie kann der kleine Besitzer seinen Milchertrag am einfachsten verwerthen und hieraus eine möglichst werthvolle Butter- und Käsesorte herstellen? Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden ersucht, in ihren bezüglichen Kreisen auf möglichst zahlreichen Besuch des Lehrvortrags Seitens der bäuerlichen Wirthe hinzuwirken. Die Versammlung trat hierauf in die Berathung der folgenden sechs zur Tagesordnung gestellten Punkte ein: „1. Sind Mastversuche mit Fleischfuttermehl gemacht worden, und wie sind dieselben bei den verschiedenen Thiergattungen ausgefallen? 2. Welche Resultate liefert die diesjährige Lupinenfütterung und sind Vergiftungsfälle bei Schafen zu konstatiren? 3. Die Sommerfruchternte der hiesigen Gegend liefert durchschnittlich, der ungünstigen Witterung wegen, schlechte Körnerernten. Ist es rathsam, durch intensiveren Sommerfruchtbau diesem Uebelstande abzuhelfen? 4. Liefern untergepflügte Lupinen, die gut standen, genügende Düngung zur Kartoffelnachfrucht? 5. Bewilligung einer mäßigen Summe zur Bromberger Ausstellung aus Vereinsmitteln. 6. Welche Bodenarten eignen sich zur Tiefkultur? Wie muß das tiefe Pflügen vorgenommen und wann muß, je nach Umständen, gepflügt werden?" Herr Seydel-Goray berichtet bezüglich der ersten Frage, daß er nur kleine Versuche gemacht, Schweine mit Fleischfuttermehl zu füttern, deren Ergebniß günstig gewesen. Dem schloß sich auch Herr Lehmann-Altgorzig an. Auf die Frage eines Mitglieds, woraus eigentlich das erwähnte Futtermehl bestehe, erläutert Herr Hecker, daß es aus den Fleischresten des in Südamerika bereiteten Liebig'schen Fleischextrakts bereitet werde und einen sehr hohen Prozentsatz von Eiweißstoff enthalte, was dem Produkt einen sehr hohen Futterwerth gebe, die wesentlichen Schwierigkeiten beständen aber vornehmlich darin, daß es schwer halte, dem Rindvieh und den Hammeln dieses Futter beizubringen, da sie es nicht fressen wollen, dagegen gewöhnen sich Schweine leicht daran und fressen es mit Kartoffeln vermischt mit guten Mastungsresultaten, auch als Hühnerfutter sei es gut zu verwenden. Der Zentner stellt sich auf 13 M. im Preise. Herr Stumpf-Liebuch bemerkt mit Bezug hierauf, daß es sich, gegenüber solcher künstlicher Fütterung mit ausländischen Erzeugnissen von zweifelhaftem Werthe, doch empfehlen würde, bei den heimischen Produkten zu bleiben. Ueber die Fütterung von Palmkernmehl wurde von einer Seite berichtet, daß dasselbe zur Fütterung sich wohl eignen, doch vielfach in schlechter und verdorbener Qualität geliefert werde. — Bezüglich des zweiten Gegenstandes der Berathung theilt Herr Seydel mit, daß ein Theil seiner Lupinen als Saatlupinen gewonnen, ein Theil auch den Schafen ohne Nachtheil als Futter gegeben werde. Dagegen berichtet Maciejewski-Schwerin, daß er im vergangenen Jahre zum ersten Male Lupinen gebaut, dieselben seien schön aufgegangen, theils reif, theils grün abgemäht werden, der Boden sei sandig gewesen und früher nur als Brache und zum Roggenbau verwendet worden, dennoch habe er, obwohl er nur einmal täglich und zwar Mittags gelbe Lupinen gefüttert und sonst Heu gegeben, nach 14 Tagen von 200 Schafen 75 Stöck verloren. Die Schafe haben die Lupinen gern gefressen, die Krankheitssymptome wären der Drehkrankheit ähnlich gewesen und mit Krampfanfällen verbunden. Herr Hecker macht die Versammlung mit einem Verfahren bekannt, den Lupinen den Giftstoff zu nehmen und zwar unterwerfe er die zur Fütterung bestimmten Lupinen einem zweimaligen Aufguß von kochendem Wasser, das er bequem seiner Brennerei entnehme, und zwar 120 Liter Wasser auf 50 Kilo Lupinen und das zweite Mal 75 Liter Wasser für dieselbe Quantität, ferner lasse er die Lupinen in diesem Aufguß 2 Stunden stehen und spiele dann kaltes Wasser nach. In Bezug auf den von Maciejewski berichteten Fall wurde allgemein anerkannt, daß derselbe für die Beurtheilung der Sache ganz neue Gesichtspunkte darbiete, da man bisher der Meinung gewesen, daß sich das Lupinengift hauptsächlich da in der Frucht stark entwickele, wo diese wiederholt hintereinander angebaut werde. Herr Hecker erbat sich darum eine Quantität Lupinen und Lupinenheu, um dasselbe der Versuchsstation in Posen zur Untersuchung und Aufklärung einzusenden. — Ad 3 der Tagesordnung erwidert Herr Seydel, daß, wie jede Frucht, auch das Sommergetreide um so standhafter gegen äußere hinderliche Einflüsse sei, je besser es angebaut werde, ob aber extensiv oder intensiv gewirthschaftet werden solle, das hänge im Besonderen von den eigenartigen wirthschaftlichen Verhältnissen ab. Im Allgemeinen wurde aber anerkannt, daß namentlich der Anbau von Gerste und in geringerem Grade auch des Hafers in unserer Gegend, selbst bei guter Düngung und in verschiedener Fruchtfolge ein sehr unbefriedigendes Resultat liefern; Winterfrucht und Kartoffeln seien darum mehr zu berücksichtigen. Dalski-Rokitten und Lehmann-Gorzig empfehlen Jauche als Düngung, Ersterer namentlich auch den Dünger aus Aborten, der auch namentlich getrocknet und pulverisirt wie Gyps verwendet werden könne. Ueber geringen Erfolg künstlicher Düngung wurde von mehreren Seiten, namentlich von Herrn Hecker und Janisch-Schwerin berichtet, was aber zum großen Theil auch ungünstigen Witterungsverhältnissen zuzuschreiben sei. Auf die Frage 4 der Tagesordnung antwortet Herr Seydel im bejahenden Sinne und gründet diese Mittheilungen auf selbstgemachte Erfahrungen. Herr Dalski hat bei untergepflügten Lupinen und schwacher Düngung namentlich gute Erträge erzielt: 5—6 Wispel Kartoffeln pro Morgen. In ähnlichem Sinne äußern sich Büttner-Schwerin und Lehmann-Görzig. Zur Erledigung des 5. Punktes der Berathung wurden 30 Mark aus Vereinsmitteln zur Bromberger Ausstellung bewilligt. ad 6 wurde dahin beantwortet, daß sich nur der schwere Boden zur Tiefkultur eigne, aber daß man damit nur allmälig vorgehen und nach und nach in den verschiedenen Jahren tiefer pflügen dürfe. Lettboden bearbeitet Seydel-Goray ähnlich wie im Oderbruch, indem er 1 Fuß tief pflüge, Rüben oder Kartoffeln, Gerste und Klee hintereinander baue, oder Rüben, Raps und Weizen, und im Frühjahr, nachdem er die Kleebreche im Herbst umgepflügt, mit dem Krümmer nacharbeite. — Die nächste Versammlung findet am 26. Februar d. J. statt.

C **Schönlanke,** 3. Februar. [Die Sitzung des landwirthschaftlichen Vereins des Kreises Czarnikau] fand am Freitag, den 23. v. Mts., hierselbst statt und wurde durch den Vorsitzenden Herrn Wenig dadurch eröffnet, daß derselbe den Mitgliedern für das neue Jahr eine recht gute volle Ernte, sowie überhaupt etwas mehr Segen, als es in den letztern Jahren der Fall gewesen sei, wünschte; er bat, auch in diesem Jahre die Sitzungen des Vereins fleißig zu besuchen und sich recht lebhaft an den Bemühungen, die Landwirthschaft zu fördern, zu betheiligen. Der Wanderlehrer Herr Pflücker hatte zugesagt, am heutigen Tage (den 23. Januar cr.) einen Vortrag über Viehernährung und Fütterung zu halten. Zu diesem Behufe waren durch die Kreisblätter auch Nichtmitglieder eingeladen worden, in Folge dessen sich auch einige 60 Personen eingefunden hatten, die den Vortrag, der in recht sachgemäßer und verständlicher Form gehalten wurde, mit anhörten. Hierauf wurde durch den Herren Vorsitzenden das Geschäftliche abgemacht und schließlich noch von Herrn Werth in Stieglitz ein Vortrag über Fischzucht, speziell über Karpfen gehalten. Ein Vortrag des Herrn Administrators Günther aus Gr. Hammer mußte der schon zu sehr vorgerückten Zeit halber, auf die nächste Sitzung des Vereins verschoben werden.

Breslauer Saatmarkt am 12. Februar. Für den am 12. Februar in Breslau stattfindenden Saatmarkt sind, wie uns mitgetheilt wird, aus der Provinz Posen Anmeldungen eingelaufen von den Herren: Frh. v. Gersdorf-Parke bei Altboyen; R. Göppner-Dzicecyn bei Punitz; von Lewandowsky-Jezewo bei Borek und Schmidt-Chrastowo bei Schrimm.

Vermischtes.

* **Aus der alten elsässischen Zeit** berichtet die „Lothringer Zeitung": Als die Stadt Straßburg die Lieben-Frauen-Brüder wegen ihres ärgerlichen Lebenswandels aus ihren Mauern verjagt hatte, wurde sie hierüber von Kaiser Karl V. zur Verantwortung gezogen. Sie schickte deshalb den gelehrten Jakob Sturm zum Kaiser, welcher also sprach: „Gnädigster Herr und Kaiser! Wir werden befragt, was zu solch gewaltthätigem Schritt bewogen habe? Ich will es Euch redlich sagen! Als die Vertriebenen noch Unserer Lieben Frauen Brüder waren und thaten wie recht und billig, haben wir sie gern geduldet und uns viel Liebes erwiesen; als sie aber anfingen, unserer lieben Frauen Männer zu werden, da wollten wir nicht ihre Brüder sein und jagten sie zum Thore hinaus." Drr Kaiser lächelte und konnte nicht zum Strafen kommen.

* **Eine ärztliche Konsultation.** Der „Figaro" erzählt folgende Anekdote aus Paris. Herr Dr. Clemenceau, der einflußreiche Abgeordnete und Freund Gambetta's, hat eine Station in Montmartre, wo er von Patienten konsultirt wird. Vor einigen Tagen erschienen zwei Individuen. Der erste wird eingelassen und klagt über ein Brustleiden. „Kleiden Sie sich aus", sagte der Arzt zu ihm und untersuchte ihn dann auf das Gewissenhafteste. Während er ein Rezept verschreibt, giebt er Befehl, den zweiten einzulassen, und ohne aufzublicken, sagt er nach dessen Eintritt: „Kleiden Sie sich auch aus, mein Freund, so werden wir schneller zum Ziele kommen." Als das Rezept fertig war und der erste Besucher sich entfernt hatte, wendet sich Herr Clemenceau zu dem zweiten, der sich inzwischen ausgekleidet hat und ruhig in einer Ecke wartet, bis die Reihe an ihn kommt. „Sie leiden auch an der Brust, nicht wahr?" fragte ihn voll Interesse der Doktor. — „Nein, ich komme, um eine Anstellung bei der Post zu bitten."

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

*Die Tarifreform von 1879. Von Wilhelm Oechelhäuser; Berlin bei Julius Springer. Wir begegnen in der Schrift des Herrn Oechelhäuser derselben maßvollen und leidenschaftslosen Art der Betrachtung, die bereits seine Thätigkeit im Reichstag so vortheilhaft auszeichnete und die ihn berufen hatte, in dem wilden Kampf der Interessen und dem oft kaum weniger erregten der Prinzipien eine maßgebende Stellung einzunehmen. Herr Oechelhäuser ist jedoch durch die Niederlage nicht entmuthigt, so wenig er an eine augenblickliche Aenderung glaubt. Die Erfahrungen seit Abschluß der Tarifreform haben, wie er ausführt, der unterlegenen Partei ein Material für Unterstützung ihrer Ansichten geliefert, welches zu verwerthen ihre unabweisliche Pflicht ist. Die eingetretene Besserung der Lage muß nothwendig aber auch die Schroffheit der früheren Gegensätze beider Parteien mildern und insbesondere dem unseligen Pessimismus den Boden entziehen, auf dem sich die Zollreform aufbaute. Kein ruhiger Beobachter kann sich der Ansicht verschließen, daß gegenwärtig, also nur ein halbes Jahr später, eine Tarifreform wie die vom Juli 1879 unmöglich sein würde. Diese Gesetzgebung wird in folgender Weise gekennzeichnet:

> „Als das überwiegend Schädliche der Tarifreform von 1879 erscheinen weniger die Resultate für die Gesammtheit, worin sich Nutzen und Schaden der Eingelnen weitgehend kompensiren (und wobei auch die erhöhten Einnahmen der Reichskasse in Anrechnuug kommen), als die zahllosen Verschiebungen der Erwerbs- und Verkehrsverhältnisse der Einzelnen diese willkürlichen und ungerechtfertigten Eingriffe in das natürliche, die Gewinne legitim vertheilende Walten der wirthschaftlichen Kräfte. Es wird oft schwer, die Erbitterung zurückzuhalten, wenn man bedenkt, wie unter der Aegide wiederaufgegrabener merkantilischer Grundsätze in überstürzter und deshalb trotz aller bona fides und aller aufgewandten Thätigkeit, oberflächlicher Weise, in die Erwerbsverhältnisse Einzelnen eingegriffen, auf Schlagwörter, auf einseitige Petitionen von Interessenten hin, Gewinn und Verlust hierhin, dorthin, verschoben, alte Handelsbeziehungen gestört und schließlich die unteren Volksklassen, durch die Besteuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse, stärker belastet worden sind, als ihre Entlastung durch direkte Steuern im Bereiche der Möglichkeit liegt. Nicht bloß die wirthschaftlichen, auch die sozialen und politischen Interessen der Nation sind tief verletzt, ihr Friede ist gestört worden."

Als nächstes Kampfspiel bezeichnet die Broschüre die agrarischen Schutzzölle, vor Allem den übertrieben hohen Roggenzoll als den Schlüssel der agrarischen Position. Bei der Betrachtung der Konstellation der wirthschaftlichen und politischen Parteien erscheinen ihm die Aussichten, das agrarisch-industrielle Zollsystem von 1879 in nicht ferner Zeit wieder auf ein gemäßigtes industrielles Schutzsystem zurückzuführen, durchaus nicht so ungünstig, wie Viele aus unseren Reihen fürchten. Wir müssen, so bemerkt hiezu die „N. Ztg.", es uns an dieser Stelle ersparen, auf die aus den Parteiverhältnissen und der kleinen Mehrheit von 26 Stimmen für den doppelten Roggenzoll gezogenen Gründe einzugehen, bedauern aber hier, den Optimismus des Verfassers nicht theilen zu können. Wenn uns Ueberraschungen bevorstehen, so sind es solche im Sinne einer agrarischen Schutzpolitik, wir fürchten, daß die Anstrengungen mehr darauf gerichtet sein müssen, eine weitere Ausdehnung dieser Politik zu hemmen als ihr von dem besetzten Terrain wieder etwas abzuringen. Wir wünschen, daß uns der devorstehende Reichstag gründlich dementiren möge, aber halten es für richtig, der Sachlage klar in das Gesicht zu sehen. Mit Material zur Erkenntniß dieser Lage versieht uns ja die Broschüre selbst in trefflicher Weise.

* A. Gericke: Die Simultanschule. Posen 1880, Joseph Jolowicz. Unter den Fragen, welche gegenwärtig in erhöhtem Maße die Gedanken nicht nur der Volksleiter, sondern auch des Volkes selbst in Anspruch nehmen, steht die nach dem Bestande, resp. nach der Gestaltung der Volksschule allermeist im Vordergrunde. Was in dieser Beziehung von dem früheren Regiment geschaffen ist, das droht gegenwärtig wieder ins Gegentheil verkehrt zu werden; und die Gefahr dazu ist um so größer, je verworrener und unklarer noch in einem großen Theil des Volkes, ja auch derer, die bei der festen Gestaltung mit zu rathen und zu wirken haben, die Anschauungen und Begriffe darüber sind. Mit besonderer Freude sind darum Bestrebungen zu begrüßen, die nach dieser Richtung hin aufklärend und belehrend wirken wollen. Der oben bezeichnete Vortrag, den der Verfasser im posener Fortschrittsverein gehalten hat, erreicht dieses Ziel, Klarheit und Sicherheit der Anschauung über die nothwendige Gestaltung der Volksschule allgemein zu fördern, dadurch um so leichter, als er, freigehalten von jeglicher politischen Parteistellung, nach logischer Begründung der hier hineinspielenden Begriffe „Konfessions-, Paritätische, Simultan-, Konfessionslose Schule" eine aus praktischer Erfahrung erwachsene Begründung der in einzelnen Landestheilen zu Recht bestehenden Simultanschule liefert, die unter Zurückweisung aller Gegenbestrebungen Seitens der ultramontanen und der evangelischen Heißsporne, wie sich letztere namentlich auf der Augustkonferenz und in der Generalsynode kundgegeben haben, darin gipfelt, daß abgesehen von nationalen und konfessionellen Rücksichten, welche in einzelnen Provinzen die Simultanschule nach Ausspruch der prinzipiellen Gegner derselben als berechtigt anerkennen lassen, gerade ohne solche lokale Rücksichten die Simultanschule in konfessionell gemischten Gegenden als die einzig richtige Gestaltungsform der Volksschule anzusehen ist. In so wissenschaftlicher und zugleich praktischer Weise ist die Frage nach der Gestaltung der Volksschule noch nicht gelöst worden, wie es der Verfasser, der an der Spitze eines großen Simultan-Schulkörpers steht, hier gethan hat, und es ist darum zu wünschen, daß seine Schrift sowohl bei Laien wie bei Behörden weite Verbreitung und sorgsame Beachtung finden möge.

W. B.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Preußische Konsols an der londoner Börse.** Man schreibt aus London vom 31. Jan.: Das für Deutschland interessanteste finanzielle Ereigniß dieser Woche ist, daß seit einer langen Reihe von Jahren zum ersten Mal auf der hiesigen Börse Transaktionen in den preußischen vierprozentigen Fonds stattfanden. Waren sie auch lange nicht so umfangreich als vorübergehend gerüchtweise verlautete, so liegt in ihnen doch eine Vorbedeutung, daß preußische Fonds sich ehestens in

England als willkommenes, solides Anlagepapier einbürgern dürften. Schon in den letzten Tagen wären die Umsätze in ihnen um vieles stärker gewesen, wenn Rothschild's größere Posten disponibel gehabt hätten. Dieser Mangel an Stücken und die rasch auflebende Kauflust für das dem hiesigen Platze neue Papier waren es, die ihm eine sofortige Steigerung von über 2 pCt. einbrachten. Mit diesen Operationen ist den preußischen Konsols in glänzender Weise der englische Markt erschlossen worden, und es steht zu erwarten, daß wir demnächst über ein sehr ansehnliches, stetiges Geschäft in ihnen zu berichten haben, und daß die Fonds der kleineren deutschen Staaten möglicherweise ebenfalls die Beachtung der hiesigen Spekulation und des investirenden Publikums auf sich ziehen werden.

** **Mailänder 45 Frks.-Loose von 1861.** Verloosung vom 2. Januar 1880. Auszahlung vom 1. Juli 1880 ab.

Gezogene Serien:

24 41 97 113 156 206 435 703 806 874 922 1033 1101 1213
1272 1288 1297 1376 1448 1516 1538 1985 2006 2013 2409 2773
2787 2825 2942 2978 3120 3232 3365 3393 3688 3800 3914 3929
4063 4113 4169 4304 4329 4416 4516 4586 4840 4930 4936 5113
5164 5174 5232 5302 5410 5495 5504 5559 5639 5752 5797 6062
6309 6468 6522 6673 7184 7408 7526 7530 7775 7883.

Prämien:

Ser. 4840 No. 16 à 70,000 Frks. —. Ser. 1101 No. 30, Ser. 4416 No. 29 à 1000 Frks. — Ser. 1985 No. 48, Ser. 5639 No. 12, Ser. 7526 No. 42 à 500 Frks. — Ser. 2773 No. 48, Ser. 3232 No. 26, Ser. 5302 No. 29, Ser. 6062 No. 5 à 300 Frks.

Ser. 156 No. 24, Ser. 703 No. 6, Ser. 1297 No. 15, Ser. 1985 No. 50, Ser. 2006 No. 4, Ser. 2013 No. 11, Ser. 4113 No. 31, Ser. 5232 No. 14 à 150 Frks.

Ser. 435 No. 42, Ser. 1297 No. 25, Ser. 1538 No. 5, Ser. 2013 No. 28, Ser. 2773 No. 29, Ser. 2787 No. 42, Ser. 2978 No. 35, Ser. 3393 No. 1, Ser. 4329 No. 2, Ser. 5174 No. 32, Ser. 5302 No. 22, Ser. 5752 No. 40 à 100 Frks.

Ser. 113 No. 12, Ser. 435 No. 10 23, Ser. 806 No. 35, Ser. 922 No. 4 22 50, Ser. 1213 No. 14 29, Ser. 1272 No. 9, Ser. 1288 No. 46, Ser. 1297 No. 1, Ser. 1448 No. 19, Ser. 1516 No. 48, Ser. 2787 No. 38, Ser. 2978 No. 47, Ser. 3800 No. 22, Ser. 3929 No. 7 33, Ser. 4304 No. 2 29, Ser. 4329 No. 11, Ser. 4416 No. 30, Ser. 4586 No. 33 48, Ser. 4930 No. 35, Ser. 5174 No. 1, Ser. 5410 No. 23, Ser. 5495 No. 4, Ser. 5504 No. 9, Ser. 5639 No. 9 16, Ser. 5797 No. 10 48, Ser. 6468 No. 6 13, Ser. 6673 No. 42, Ser. 7184 No. 5, Ser. 7530 No. 9, Ser. 7883 No. 13 à 60 Frks.

Auf alle übrigen zu den obigen Serien gehörigen und hier nicht besonders verzeichneten Nummern entfällt der geringste Betrag von je 47 Frks.

**Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. —
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.**

In der Straffache

gegen den Mühlenbesitzer **Rudolph Meyer** aus **Borowo**-Mühle wegen Beleidigung hat die I. Strafkammer des Königlichen Landgerichts zu Posen am 7. November 1879

für Recht erkannt:

daß der Angeklagte, Mühlenbesitzer **Rudolph Meyer** aus **Borowo**-Mühle der öffentlichen Beleidigung in zwei Fällen für schuldig zu erachten und dafür mit einer Geldstrafe von dreißig Mark, im Unvermögensfalle mit drei Tagen Gefängniß zu bestrafen und ihm die Kosten der Untersuchung zur Last zu legen, auch dem beleidigten Schulkassenrendanten **Braun** die Befugniß zuzusprechen, die Verurtheilung auf Kosten des Angeklagten binnen 4 Wochen, nach Empfang einer Ausfertigung des rechtskräftigen Erkenntnisses, einmal in der „Posener Zeitung" öffentlich bekannt zu machen.

Die Richtigkeit der Abschrift der Urtheilsformel wird beglaubigt und die Vollstreckbarkeit des Urtheils bescheinigt.

Posen, den 30. Dezember 1879.

Klonowski,
Gerichtsschreiber des Königlichen Landgerichts.

Petroleum, Lampen, Dochte, Cylinder

Breslauer-Straße Nr. 38. bei **E. Klug.**

Wir sind beauftragt, alle diejenigen **Reallasten**, welche nach dem Gesetze vom 2. März 1850 ablösbar sind, bis dahin aber noch nicht abgelöst worden sind, zu ermitteln.

Indem wir dies zur allgemeinen Kenntniß bringen, ersuchen wir zugleich alle hiesigen Eigenthümer, auf deren Grundstücken ablösbare Realabgaben als **Grundzinsen, Laudemien**, Dienstleistungen, Natural- und Fruchtzehnten ꝛc. eingetragen sind, dies bis zum 20. Februar cr. auf dem Rathhause Zimmer 13 unter event. Vorlegung von Dokumenten anzumelden.

Posen, den 29. Januar 1880.
Der Magistrat.

Nothwendiger Verkauf.

Die in Zaganka-Mühle und Roznowo belegenen, im Grundbuche von Zaganka-Mühle und Roznowo unter Nr. 7 und 19 eingetragenen Grundstücke, gehörig der verwittweten Frau **Aniela v. Baranowska** geb. Gräfin **Bninska**, als eingetragene Eigenthümerin, welche mit einem Flächeninhalte von 30 Hektaren 62 Aren 60 Quadratstab der Grundsteuer unterliegen und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 202,86 Mark veranlagt sind, sollen behufs Zwangsvollstreckung im Wege der **nothwendigen Subhastation**

Mittwoch,
den 31. März d. J.,
Vormittags um 10½ Uhr,

im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 5, versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes von den Grundstücken und alle sonstigen dieselben betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufs-Bedingungen können im Bureau des unterzeichneten Königl. Amtsgerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigenthumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte doch die Eintragung in das Hypothekenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf die oben bezeichneten Grundstücke geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungs-Termine anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

Montag,
den 5. April d. J.,
Vormittags um 11½ Uhr,

im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 5, anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Obornik, den 21. Januar 1880.
Königl. Amtsgericht.

Auktion.

Am 9. Februar d. J., Montag Vormittag 11½ Uhr, werde ich in der Eisengießerei Firma **G. Weiss & Franzke** 1 kiefernen Tisch, 1 Bücherschrank, 1 Gartenbank, 1 Schrank mit Fächern, 1 große Krahnpfanne, Gläser und Cylinder für Bäcker, Schlösser und verschiedene Fenster-Beschläge, 2 Brillen zur Drehbank, 1 Eisenbahnschiene, 4 Häckselmaschinenmesser, Formkasten und noch viele andere Eisenwaaren gegen Baarzahlung öffentlich versteigern.

Bojanowo, den 3. Febr. 1880.
Geisler,
Gerichts-Vollzieher k. A.

Bekanntmachung.

In das Genossenschafts-Register ist eingetragen:

Col. 1. Lfd. Nr. drei.
Col. 2. Firma der Genossenschaft: **„Zniner Kreditverein** — eingetragene Genossenschaft."
Col. 3. Sitz der Genossenschaft: **„Znin."**
Col. 4. Rechtsverhältnisse der Genossenschaft: „Die Genossenschaft ist begründet durch Gesellschafts-Vertrag vom 24. Januar 1880.
Die Statuten von diesem Tage befinden sich Seite I. ff. des Beilagebandes.

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Bank-, Handels- und Hypothekengeschäfts behufs gegenseitiger Beschaffung der im Gewerbe und Wirthschaft nöthigen Geldmittel auf gemeinschaftlichen Kredit.

Die Zeitdauer der Genossenschaft ist nicht beschränkt.

Den Vorstand bilden zur Zeit:

1. Der Apotheker **Wilhelm Legal** aus **Znin**, Direktor der Genossenschaft.
2. Der Kaufmann **August Schilling** aus **Znin**, Kassirer.
3. Der Kirchenkassen-Rendant **Eduard Knispel** aus **Znin**, Kontroleur.

Der Vorstand zeichnet für die Genossenschaft, indem er der Firma der Genossenschaft die Unterschriften aller drei Vorstandsmitglieder beifügt.

Zufolge Verfügung vom 30. Januar 1880 eingetragen am 31. Januar 1880.

Das Verzeichniß der Genossenschafter kann während der Geschäftsstunden jeder Zeit in unserer Gerichtsschreiberei eingesehen werden.

Schubin, den 30. Januar 1880.
Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist unter Nr. 109 die Firma **J. M. Löwy** mit dem Sitz in **Exin** und als deren Inhaberin die verwittwete Kaufmann **Rosa Löwy** in **Exin** eingetragen worden zufolge Verfügung vom 29. Januar 1880 am 30. Januar 1880.

Schubin, den 29. Januar 1880.
Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Der ehemalige Lehrer **Martin Haladuda** in **Losoßnik** ist durch Erkenntniß des Königlichen Land-Gerichts zu Gnesen vom 29. November 1879, welches die Rechtskraft beschritten hat, für einen Verschwender erklärt.

Gnesen, den 31. Januar 1880.
Königl. Land-Gericht.
III. Civilkammer.

Der Kaufmann **Samuel Krause** zu **Wollstein** hat für seine unter der Firma:

„Julius Lempert in Wollstein"

bestehende, unter Nr. 129 des Firmenregisters eingetragene Firma, seiner Ehefrau

Rosalie Krause, geb. **Lempert**

Prokura ertheilt.

Eingetragen zufolge Verfügung vom 30. Januar 1880 unter Nr. 4 des Prokuren-Registers.

Wollstein, den 30. Januar 1880.
Kgl. Amtsgericht. III.
May, Gerichtsschreiber.

Bekanntmachung.

Die Reminiscere-Messe 1880 hierselbst beginnt am Einläutetage

den 23. Februar

mit dem Verkauf in den Buden und Aushängen der Firmen-Schilder.

Die Pferdemesse beginnt

am Montag, den 1. März.

Frankfurt a./O., d. 23. Jan. 1880.
Der Magistrat.

Auktion.

Am 9. Februar d. J., Montag Vormittag 9½ Uhr, werde ich in der Eisengießerei Firma **G. Weiss & Franzke** zu **Bojanowo** 125 Ctr. Brucheisen, 12 Ctr. Schmiedeeisen, 50 Ctr. Roststäbe, 6 Ctr. Tafelroste, 5 Ctr. Pflugnaben, 5 Ctr. Pflugsohlen, 12 Ctr. Schwungräder, 28 Ctr. Walzenringe, 1 Ctr. Uhrgewichte, 9 Pumpenständer mit verschiedenen Theilen, 2 fertige Spurkasten, verschiedene Gußwaaren für Bäcker, 190 Pfd. Jäthräder, 21 Ctr. Lasteisen und Gewichte, 2½ Centner Ofenthüren, 4 starke eiserne Wellen, 2 Lochplatten, 19 Stück fertige kleine Feuerungsthüren, 1 Lochmaschine, 1 Pflug, 1 Ringelwalze, 2 Siedemaschinen, 1 Dreschmaschine, ¾ Ctr. Metalle, 40 Ctr. Maschinenguß, verschiedene Modelle zur Gießerei, 27 Fuß Pumpenröhre und verschiedene andere Eisenwaaren gegen Baarzahlung öffentlich versteigern.

Bojanowo, den 3. Febr. 1880.
Geisler,
Gerichts-Vollzieher k. A. in Bojanowo.

Freitag, den 6. Februar cr., Mittags 11 Uhr, werde ich in **Lissowki** auf dem Grundstücke des Wirths Kujawa ein Schwein, eine Partie ungedroschenen Roggen und 20 Zentner Kartoffeln öffentlich meistbietend gegen sofortige Baarzahlung versteigern.

Bernau,
Gerichts-Vollzieher.

Ein

Eisen-, Eisenwaaren-, Glas- & Porzellangeschäft

in einer Stadt, circa 6 Meilen von Berlin, ist nebst **Grundstück**, welches sich zur Fabrik-Anlage vorzüglich eignet, zu verkaufen. Es gehören zur Uebernahme circa 60,000 M.

Refl. unter 360 K. in der Exped. d. Pos. Ztg. erbeten.

Zum Verkauf von **fettem Vieh** am hiesigen Markt empfiehlt sich den Herren Gutsbesitzern das **Vieh-Kommissions-Geschäft** von

C. Wagener & Co.,
Berlin NO., Landsbergerstr. 10.

24 kernfette junge Stiere zur baldigsten Abnahme stehen zum Verkauf in **Damasław** bei Janowitz. Auch sind abzugeben **Riesenfutterrübensamen**, das Kgr. mit 66 Pf., in größeren Posten billiger.

Fische! Schönste große Zander, leb. große Hechte, leb. große beste Karpfen, sowie Barsen, Schleie, Karauschen empfiehlt zu sehr billig. Preisen. Bestellungen auf frische Steinbutten, Seezungen, leb. Hummern, Fasanen, Rehrücken ꝛc. werden aufs Billigste prompt effektuirt bei **Kletschoff**, Krämerstr. 12.

Avis! frisch marinirten Silberlachs, frischen Blumenkohl, hochrothe süße Apfelsinen, schönste gelbe Citronen, alle Sorten hochfeinen Käse, frische Elb. Neunaugen, Rollaale, Ruff. Sardinen, Sardinen in Oel und sämmtl. Delikatessen empf. zu sehr billigen Preisen **Kletschoff.**

Heute leb. Hechte, hochfeine Kieler Sprotten, Bücklinge und Flundern sehr billig b. **B. Gottschalk**, Wronkerstraße 24.

Heute frische **Hechte u Zander**, sowie **Kieler Bücklinge, Sprotten u. Flundern** empfiehlt **billigst**
Adolph Gottschalk, Wasserstr. 26.

Roßhaare, India-Fasern, Werg und Seegras empfiehlt
Isidor Appel, Bergstraße.

Fr. Böhm. Fasanen, fr. Helg. Hummern, fr. engl. Austern, fr. grünen Lachs, fr. Steinbutt etc., sonst franz. u. engl. Käse, fr. Alm. Trauben, fr. ital. Aepfel, vorzügliche Conserven, als: Schooten, Spargel, Schneidebohnen, Carotten etc., sämmtliche Früchte i. Gläsern, als: Apricosen, Pfirsiche, Erdbeeren, Ananas etc. etc., versendet prompt u. billigst und bittet rechtzeitige Bestellungen

Jacob Appel.



die volle Wirksamkeit der **Cocapflanze** entfaltend (Belehrung über ihre Anwendung gegen **Brust- und Lungenleiden (Pillen I), Unterleibskrankheiten (Pillen II)** und **Nervenleiden, Schwächen aller Art** (Pillen III) gratis) stets vorräthig **Mainz, Mohren-Apotheke** und deren **Depots**:

Posen: Dr. Mankiewicz, kgl. Hof Apotheke; Berlin: L. Bieler Blumen-Apotheke, Blumenstr. 73 Breslau: S. G. Schwartz, Ohlauerstrasse 21, und Alte Scheidnigerstrasse 9.

Holzofferte.

Rund- und beschlagene Hölzer, Bauholz, Klafterholz vorräthig zu billigen Preisen bei **v. Markowski**, Glinienko p. Chludowo.

Magenkrampf

wird sofort und sicher beseitigt durch magenstärkenden

Ingwer-Extrakt

von

August Urban in Breslau,

in Flaschen à 20 und 10 Sgr. bei **Ed. Feckert jun.** und bei **S. Samter jun.** in Posen, Wilhelmsstr. Nr. 11.

4—600 Ztr.
gelbe Saat-Lupinen

find ab Bahn **Bentschen** abzugeben. Offerten sub M. an d. Exp. d. Bl.

Wegen Geschäfts-Aufgabe gänzlicher Ausverkauf

meiner Bestände an **feinen Bremer und Hamburger Cigarren und Cigaretten** zu sehr billigen Preisen.

E. Heymann,
Wilhelmsstraße 5, neben der Post.

Holzverkauf.

Aus den am schiffbaren Warthestrom belegenen Forsten des Majorats **Obersitzko** sollen **Montag, den 9. d. M., Vormittags 10 Uhr**, in **Obersitzko** im Gastlokale des Herrn **von Zbonikowski** unter den im Termin bekannt zu machenden Bedingungen verkauft werden:

I. an Langholz:

circa 950 Stück gefällt liegende sowie circa 420 Stück stehende Kiefern, circa 20 Stück Nutzholzbirken und circa 200 Stück kieferne und birkene Nutzholzstangen.

II. an Klafterholz:

circa 4200 Raummeter kieferne Schlagholzkloben und circa 110 Raummeter kieferne Nutzholzkloben vom Einschlag des Jahres 1879/80.

Die zum Verkauf bestimmten, gefällt liegenden sowie stehenden Kiefern sind großentheils Schneidehölzer von guter und starker Beschaffenheit.

Grünberg bei Obersitzko a. d. Warthe, den 1. Februar 1880.
Gräflich Raczynski'sches Forstamt.

Die beste Stahlfeder ist:
S. Roeder's Bremer Börsenfeder.

Da bereits vielfache Imitationen dieser ausgezeichneten Federn in den Handel gebracht worden sind, so verlange man **ausdrücklich**:

S. Roeder's Bremer Börsenfeder.

Um zu räumen, muß der Ausverkauf beschleunigt werden; namentlich empfehlen wir **Mull-, Zwirn-** und **Tüllgardinen** zu sehr billigen Preisen.

Gebr. Braun.

Wronkerstraße 91
Chaim & Lachmann
Kurzwaaren en gros & en detail
sowie
Schuhmacher- und Schneider-Artikel
Wronkerstraße 91.



Mayer'sche Trieurs (Getreide-Reinigungsmaschinen), vorzüglich auch zum Auslesen von Seide und Wegebreit aus Klee, Windfegen, Dreschmaschinen, Häckselmaschinen, Schrotmühlen, Oelkuchenbrecher, Pflüge (4scharige Saat- und Schälpflüge), Eggen, Krümmer, Coleman'sche Grubber, Ringelwalzen, sowie überhaupt alle landwirthschaftlichen Maschinen empfiehlt in bester Ausführung zu billigen Preisen

J. Moegelin in Posen.

Eisenkonstruktion

zu Stall- und allen anderen Bauten werden unter Garantie solide und billigst ausgeführt; Zeichnungen und Anschläge gratis.

Außerdem empfehlen vorzügliche Breit-Dreschmaschinen, Roßwerke, Schrotmühlen, Häckselmaschinen für Kraft- und Handbetrieb, sowie alle Landwirthschaftlichen Maschinen und Geräthe, Bau-, Maschinen-, Stahl- und Hartguß, sowie bestes Schmiede-Eisen und alle Sorten Schaare.

Eisenhüttenwerk Tschirndorf
bei Halbau Ndr.-Schles.
Gebr. Gloeckner.

Dr. Behring's Kraft-Kaffee

per Pfund 65 Pfg. bei

S. Samter jr.

Pension.

1 oder 2 Schüler finden zu Ostern bei einem Lehrer an einer hiesigen höheren Lehranstalt gute Pension, verbunden mit sorgfältiger Beaufsichtigung und jeder Art von Unterricht. Näheres bei der Expedition der Posener Zeitung.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung unserer jüngsten Tochter **Agnes** mit dem Herrn **Louis Lachs** von hier erlauben wir uns hierdurch allen Bekannten und Freunden statt jeder besonderen Meldung ergebenst mitzutheilen.
Posen, im Februar 1880.
H. Lipschütz
und Frau geb. **Reich.**

Heute Abend 8¾ Uhr entschlief sanft nach kurzem Leiden unsere theure Tante, die verw. Rechnungs-Räthin
Julie Hanke,
geb. **Bornemann**
im 80. Lebensjahre, welches, um stille Theilnahme bittend hiermit anzeigen.
Im Namen der Hinterbliebenen.
Waltsgott,
Postkommissarius und Frau.
Beerdigung: Donnerstag Nachmittag 2½ Uhr.
Lissa, den 2. Februar 1880.

Heute früh ½3 Uhr starb unsere geliebte Tochter, Mutter und Schwester
Ida Mueller,
geb. **Diehl**
nach kurzem schmerzhaften Leiden, was hierdurch ergebenst anzeigen
Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.
Staniewo, den 4. Febr. 1880.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Frl. Bertha Stern mit Herrn Louis Warschauer in Hamburg und Berlin. Frl. Anna Lesse mit Kapitain Ernst Blanck in Berlin. Frl. Anna Splittgerber mit Herrn Karl Utz in Wurchow und Wilhelmshöhe. Frl. Emma Schuster mit Pastor Alexander Weise in Köslin und Abtshagen. Frl. Dorothea Ehlers mit Herrn Julius Wagenführ in Schlanstedt und Hamersleben.

Verehelicht: Herr Louis Bach mit Frl. Laura Wolffsohn in Berlin. Herr Leopold Weill mit Frl. Ida Saalmann in Berlin. Dr. med. v. Malinowski mit Frl. Anna von Aulock in Landsberg.

Geboren: Ein Sohn den Herren: Polizei-Lieutenant Heyer in Berlin. G. Frhr. v. Richthofen in Barmen. Pastor Dr. Hornburg in Detershagen. Engelbert Reichsfreiherr von Eynatten-Trips in Düsseldorf. — Eine Tochter den Herren: Paul Solms in Berlin. Sixtus Karl in Berlin. Hauptmann Otto von Brause in Mainz. Lieutenant a. D. Emil Krezzer auf Gut Bietschied bei Saarbrücken. Freiherr v. Milkau in Tharand. Oberlehrer Dr. Langen in Brieg.

Gestorben: Gerichtsrath a. D. Rommallein in Koschenrode. Marine-Zahlmeister Piel Sohn Hans in Wilhelmshaven. Verw. Frau Oberst Albertine von Luttitz, geb. Kober in Liegnitz. Sanitätsrath Dr. H. Bachoff in Kassel. Königl. Auktions-Kommissarius Hans Gottlieb Migolski in Berlin. Verw. Frau Steuer-Rendant Julie Milkau, geb. Cavallier in Strausberg. Verw. Frau Emilie Kagermann, geb. Greiff in Berlin. Frau Dorothea Fischer, geb. Borchert in Berlin. Herrn H. Weber Sohn Paul in Berlin.

In Saus und Braus.

Die bekannte und beliebte Posse kommt heute Abend im Volksgartentheater zum Benefiz für die muntere Liebhaberin Fr. **Julie Hentschel** zur Aufführung. Die anerkannt tüchtigen Leistungen der Benefiziantin, sowie die günstige Wahl des Stückes, stellen einen heiteren Abend in Aussicht, worauf aufmerksam zu machen sich erlauben
Mehrere Theaterfreunde.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.